

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

6 (7.1.1950)

WINSER TAG

Aus dem Inhalt:

Wir leiden dauernd an Mangel und Hunger
Wenn ich gesund zurückkomme
Die westlichen Hetzposten sind außer Fassung
Die Resolution des Parteivorstandes der KPD

Verlag: Südwest-Verlag GmbH, Offenburg, Schließfach 361, Fernruf Nr. 2207. Redaktion: Freiburg, Vaubanstr. 12, Fernruf Nr. 2249. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Vertriebsfilialen: Rastatt, Kaiserstr. 1, Offenburg, Friedr. 36, Konstanz, Hussenstr. 49, Lörrach, Feidbergstr. 7, Freiburg, Vaubanstr. 12.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM. 2,50 einwöchlich. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM. 2,05, zuz. DM. — 54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm., Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste. 8. Anzeigen werden entgegengenommen in allen Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 6

Samstag, 7. Januar 1950

Preis 15 Pf.

Großbritannien anerkennt Mao Tse Tung

Im Lager des westlichen Imperialismus muß man sich der Gewalt der Tatsachen beugen

London. (nach dpa u. E. B.) Die britische Regierung hat gestern die Volksrepublik China anerkannt, nachdem sie tags zuvor die Beziehungen mit Tschiangkai-schek abgebrochen hatte. Das britische Außenministerium hat die durch den britischen Generalkonsul dem Peking-Außenminister Tschou-En-Lai ausgehändigte Note über die de-jure-Anerkennung bereits veröffentlicht. Zum diplomatischen Beauftragten Großbritanniens in China wurde J. C. Hutchinson ernannt.

Nach der Anerkennung der jungen chinesischen Republik durch die Sowjetunion und die europäischen Volksdemokratien erfolgte die Anerkennung durch Burma, Indien, Pakistan und Ceylon. Jetzt mußte die westliche Großmacht Großbritannien das gleiche tun. Der diplomatische Erfolg der neuen chinesischen Volksrepublik ist höchst bedeutungsvoll.

Die Anerkennung Pekings durch Großbritannien fällt zeitlich zusammen mit den Erklärungen des Präsidenten Truman über die amerikanische Fernost-Politik und ihre Stellung zur Frage der Insel Formosa, dem letzten Zufluchtsort Tschiangkai-scheks. Wenn Präsident Truman vorgestern die Versicherung abgab, daß die Vereinigten Staaten den Streitkräften Tschiangkai-scheks in Formosa weder militärische Hilfe noch Rat zur Verfügung stellen und keinerlei räuberische Absichten auf Formosa oder irgend ein anderes chinesisches Gebietes habe, dann beweist dies, als welche großen Machtfaktor man gezwungen ist, das revolutionäre China einzuschätzen. Präsident Truman erklärte, daß die USA keineswegs beabsichtigen, sich mit Hilfe ihrer Streitkräfte in die gegenwärtige Lage einzumischen.

Man gibt vor, in den USA willens zu sein, die internationalen Abmachungen zu halten, nach denen die von Japan geraubten Gebiete, also auch Formosa, an China zurückgegeben werden müssen. Damit wäre die Frage Formosa als Frage zwischen der Volksrepublik China und dem sich verzweifelnd wählenden Tschiangkai-schek lokalisiert. Wir geben uns keinen Täuschungen hin, daß das bedeutet, daß Tschiangkai-schek ohne Unterstützung aus amerikanischen Kanälen bleibt. Bisher ist schon genügend getan worden, um Formosa zu einem waffenstarken Arsenal zu machen. Auf dem Wege über die Wirtschaftshilfe im Rahmen des ECA-Programms sind sogar die Tore weit geöffnet, um Tschiangkai-schek auf Formosa „lebenspendende Kräfte“ zukommen zu lassen. Immerhin, offiziell wagen die USA nicht, sich zu einer Interventionspolitik auf Formosa, die ihnen sicherlich am Herzen liegen würde, zu bekennen. Das sagt sehr viel über die amerikanische Außenminister Dean Acheson hat „sogar erklärt, daß Formosa zu China“ gehöre.

Die offizielle amerikanische Fernost-Politik ist heftigen Angriffen aus den Reihen der Militärs und der republikanischen Partei ausgesetzt. Daß die USA unter Trumans und Achesons Führung offen sich einer Interventionspolitik in Formosa, wie sie von McArthur, dem Expräsidenten Hoover und Senator Taft gefordert wurde, abrücken, bezeichnet der Vorsitzende der republikanischen Senatsfraktion, Kenneth Wherry, als eventuell schwarzen Tag in der Geschichte der USA. Die Führerstellung der USA habe einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ihre Schiffeinheiten in den kritischen Gewässern des Fernen Ostens verstärkt. Was tut man nicht alles, um bei der Niederlage, die man im Fernen Osten erlitten hat, das „Gesicht“ zu wahren. Man redet vom Frieden und daß man alles, was man tut, nur tue, um den dritten Weltkrieg

zu vermeiden. Welche Heuchelei liegt in diesem Gebälde!

Der Erfolg der chinesischen Revolution, die ungeheuer verstärkte Front des Friedens, die vom pazifischen Ozean bis zum Herzen Europas reicht, die in allen Ländern der Welt, gerade auch in denen des westlichen Imperialismus, die Millionenmassen des schaffenden Volkes hinter sich hat, verhindert, daß die offizielle amerikanische Außenpolitik wie ihre Opponenten das Spiel mit dem Feuer so weit treiben konnten, daß der dritte Weltkrieg entfacht wird.

Angesichts der Stärke der Friedensfront und der ausstrahlenden Kraft der chinesi-

schen Revolution ist das Lager der Kriegstreiber in der Welt geschwächt, uneinig, wenn auch nicht weniger kriegslüsterig geworden. Daß die USA, der führende Imperialismus, sich sträuben, die Anerkennung der Volksrepublik China zu vollziehen, daß sie sich in die Formel der Politik der „offenen Tür“ flüchten, zur gleichen Zeit, wo Großbritannien Mao-Tse-Tung anerkennt, ist der Beweis für diese Behauptung.

In der Neujahrsvorsprache der Regierung der Volksrepublik China wurde verkündet, daß der Krieg erst dann zu Ende sein wird, wenn die Inseln Hainan und Formosa genau so befreit sind von dem Joch der Gewaltherrschaft Tschiangkai-scheks, wie das Festland. Die siegreichen Revolutionsarmeen schicken sich an, Hainan zu nehmen und werden allen Anstrengungen der Imperialisten zum Trotz — und mögen diese noch so getarnt sein —

auch Formosa nehmen. Wenn wir diese Zuversicht haben, dann deshalb mit, weil die Imperialisten selbst offenbar ohne Zweifel sind, daß nichts die chinesische Revolution daran hindern kann, dies zu tun.

Alle Anstrengungen der westlichen Imperialisten, ganz gleich, welche Wege sie dabei gegangen sind, haben nicht vermocht, den Sieg der chinesischen Revolution aufzuhalten. Ihre Kraft wird nicht stark genug sein, zu verhindern, daß in der Weltpolitik die chinesische Volksrepublik als Machtfaktor repektiert wird, wie sie ihrem Gewicht zukommt. Der Fall Schanghai war ein Symbol für die Niederlage des Imperialismus auf dem asiatischen Kontinent. Die Anerkennung der Volksrepublik China durch Großbritannien ist das Symbol dafür, daß sie als eine der ersten Großmächte in die Arena der internationalen Politik eingetreten ist.

-ym-

Notopfer Berlin für ausländische Missionen

Berlin. (E. B.) Wie das Amt für Informationen mitteilt, erklärte ein ehemaliger Beamter der amerikanischen Militärregierung, daß aus den Kassen des Berliner West-Magistrats bedeutende finanzielle Zuwendungen an die Jugoslawische und die Kuomintang-Chinesische Mission in Berlin auf Anordnung der Militärregierung erfolgten. Die 160 Mitglieder starke diplomatische Vertretung Tschiangkai-scheks ist seit über einem Jahr ohne Verbindung mit ihrer Regierung und lebt nur von amerikanischer Unterstützung. Sie bekommt im Monat 10 000 Dollar und 75 000 DM-West.

Solidarisch mit Niemöller

Oldenburg. (E. B.) Es sei notwendig, daß sich die Deutschen beiderseits der Zonen-grenze in keinem Augenblick mit der Teilung unseres Vaterlandes zufrieden geben dürften, erklärte Oberkirchenrat Dr. Hermann Ehlers in bezug auf die Angriffe, die gegen den Kirchenpräsidenten D. Niemöller gerichtet worden waren. Man könne den westdeutschen Staat nicht einfach mit dem Christentum gleichsetzen und als „Vorposten des christlichen Abendlandes“ ausgeben.

„Hilfswerk Ost“ - gefängnisreif

Offenbach. (E. B.) Zwei sogenannte „Flüchtlinge“ aus Ostdeutschland machten sich die neueste Tour, mit der die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik weitergeführt werden soll, „Hilfswerk Ost“ und „Gedenke der Brüder in Not“ auf ihre Weise zuzumute. Aus eigener Machtvollkommenheit führten sie in Offenbach und Umgebung groß angelegte Sammlungen durch, bis sie von der Polizei verhaftet wurden. Die politische Einseitigkeit der Regierungsstellen in Wiesbaden machte es ihnen leicht, ihren Schwindel genehmigt zu erhalten und auf eine Anzahl Gemeinden ausdehnen zu können. Hunderte von Sammel-listen kursierten, wozu noch die Schulen zum Sammeln eingespannt wurden.

Obwohl die Polizei nach den Geschädigten sucht, um das Strafverfahren einzuleiten, weigert sie sich, der Redaktion der „Sozialistischen Volkszeitung“ in Frankfurt die Namen der beiden Verhafteten zu nennen. Politische Schwindler und Gauner genießen offenbar Polizeischutz, wenn sie nur angeben, aus Ostdeutschland geflüchtet zu sein.

Um Entlassung zu verhindern

Streikbereitschaft der Offenbacher Straßenbahner

Offenbach. (E. B.) Fast sämtliche Straßenbahner Offenbachs unterschrieben eine Erklärung, in der gegen die Entlassung einer städtischen Angestellten protestiert und darüber hinaus mit Arbeitsniederlegung gedroht wird, falls die Kündigung dieser Kollegin nicht zurückgenommen wird. In der Kündigung sehen die Arbeiter eine Willkürmaßnahme der Direktion, mit der weitere Entlassungen eingeleitet werden sollen.

Also doch westdeutsche Streitkräfte!

Berlin. Auf einem Neujahrskanalkett in einer amerikanischen Staatsbank sagte Francois Poncet: „Wir werden letzten Endes gezwungen sein, der Schaffung westdeutscher Streitkräfte zuzustimmen, aber wir können nicht umhin, Zugeständnisse zu verlangen. Die Streitkräfte Westdeutschlands müßten die Linie an der Elbe be-ziehen, die Armeen der Westunion dagegen die zweite Linie am Rhein.“

Womit sich Mister Loriaux beschäftigt

München. Den bayerischen Gewerkschaften ist es gelungen, den kommunistischen Einfluß in ihren Reihen erheblich zu vermindern, heißt es in dem Jahresbericht des Leiters der Abteilung für Arbeitsangelegenheiten beim Amerikanischen Landeskommissar für Bayern, Franz G. Loriaux. — Sollte da nicht der Wunsch der Vater des Gedankens sein?

Massenprotest gegen Benzinpreis-Erhöhung

Große Verbände und Gewerkschaften gegen Bundesregierung

Bonn. (Eig. Ber.) Die Protestbewegung gegen die Erhöhung der Benzinpreise und des Preises für Dieselöl nimmt täglich zu. Im Namen von 780 000 Beschäftigten protestierte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr gegen die von der Bundesregierung verordnete Erhöhung der Benzinpreise. Auch das Verkehrsgewerbe, der Kraftfahrhandel, die Motorsportverbände und die Organisationen des Handwerks und der Landwirtschaft nahmen gegen die Preiserhöhungen Stellung und forderten die Zurücknahme der Verordnung. In Hannover fand in der gebung statt, zu der die am Benzinpreis un-mittelbar interessierten Verbände aufgerufen hatten. Sie verlangten ebenfalls die Aufhebung der Preisverordnungen.

Im Bundestag wird die KPD-Fraktion erneut die Frage der Benzin- und Dieselöl-preiserhöhung zur Diskussion stellen. Die Preiserhöhung von Benzin auf 60 und für Dieselöl auf 45 Pfennig pro Liter ist ohne Befragen des Bundestages erfolgt. Die KPD

macht die Ruinierung des Verkehrsgewerbes und des Mittelstandes, die weitere Belastung der Verbraucher und die Verschärfung der Wirtschaftskrise nicht mit. Auch die Landtagsfraktion der KPD in Hessen hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, worin die Staatsregierung ersucht wird, über den Bundesrat die Aufhebung der Verordnung zu erwirken.

Unter dem Drucke dieser Protestbewegung hat das Bundesverkehrsministerium gestern eine Beratung mit den Vertretern des Verkehrsgewerbes und den Fachgruppen durchgeführt. Wie uns mitgeteilt wurde, wurde jedoch nur über die Lage des Verkehrsgewerbes gesprochen, weil das Wirtschaftsministerium die Ansicht vertritt, daß an der Preiserhöhung für Benzin und Öl nichts mehr geändert werden kann, selbst wenn die Mehrheit des Bundestages sich gegen die Verordnung stellen würde. Diese herausfordernde Haltung gilt es durch große Protestkundgebungen zu beantworten und die Bundesregierung zur Rücknahme der Preissteigerung zu zwingen.

Es darf kein Nachlassen geben

Überall wird Einstellung des Demontagestop-Prozesses gefordert

Celle. Vorstand und Beirat der Industriegewerkschaft Bau in Celle fordern die Einstellung des Demontagestop-Prozesses gegen die acht angeklagten Deutschen. „Jeder Arbeitsplatz, der verloren geht“, so heißt es in dem Schreiben an die Kontrollkommission, „vergrößert die Not und das Elend breiter Schichten der deutschen Bevölkerung. Wir sind der Ansicht, daß nicht Arbeitsplätze demontiert, sondern neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.“

Protest einer Einwohnerversammlung Nordenham, Kreis Wesermarsch. In einer öffentlichen Einwohnerversammlung in Nordenham wurde gegen die Demontage-

politik der Besatzungsmächte protestiert. Die Versammelten fordern u. a. die Einstellung des Prozesses gegen die acht angeklagten Funktionäre und Redakteure der „Niedersächsischen Volksstimme“.

„Wir fordern Niederschlagung des Prozesses!“

Halle/Saale. Der Landesvorstand der VVN Sachsen-Anhalt hat alle Parteien und Organisationen des Landes Sachsen-Anhalt aufgefordert, sich der allgemeinen Protestbewegung anzuschließen: „Wir fordern Niederschlagung des Prozesses. Wir haben gegen Hitler für die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen gekämpft und wer-

den ebenso jeden Kampf unserer Brüder und Schwestern gegen Willkürmaßnahmen unterstützen“, so heißt es in einer Entschlie-ßung des Kreisvorstandes Wittenberg der VVN.

In einer Entschlie-ßung des Kreisvorstandes der VVN Arnstadt in Thüringen heißt es: „Es freut uns, daß unsere Kameraden im Westen wiederum in der vordersten Front stehen im Kampf für Frieden, um die Einheit Deutschlands und gegen die Versklavung des Volkes, wir fordern als Widerstandskämpfer gegen das Nazi-regime die sofortige Einstellung des Prozesses“.

„Als kleines Zeichen unserer Verbundenheit...“

Lauenstein - Hannover. „Als kleines Zeichen unserer Verbundenheit übersenden wir dem Verteidigungsfond 50 DM. Wir bitten um Zusendung von weiteren Sammel-listen“, heißt es in einer Zuschrift der KPD-Ortsgruppe Lauenstein, die gleichzeitig gegen die Anklage protestiert und die Niederschlagung des Prozesses fordert.

Aus der großen Zahl der heute eingegangenen Schreiben wollen wir nur folgende nennen: NEWA-Blechpackungswerke, Meißen, VVN Stollberg, Belegschaft der Stärkefabrik Loritz (Vorpommern), Belegschaft der Bigel- und Holzwerke Loitz, VVN Lugaer Erzgebirge, VVN Seebad-Ahlbeck, VVN Zinnowitz auf der Insel Usedom, Wandplattenwerke der Sachsener Ofen- und TUF-SPinnwebwerke Cottbus, Gruppe St. Pauli der Hamburger VVN, FDJ-Betriebsgruppe Oberförsterei Ruhland und die Belegschaft der Kreisverwaltung Oschersleben (Bode).

„Stellt alle Steuerzahlungen ein!“

Lagerausschuß Dachau fordert Flüchtlinge zum Steuerstreik auf

München. (E. B.) Nach der Umsiedlung der Flüchtlinge in Dachau aus dem baufälligen Regierungsdurchgangslager in die Baracken des ehemaligen KZ Dachau sind alle den Flüchtlingen damals gemachten Versprechungen restlos ausgeblieben. Weder wurden die angekündigten Betriebe und Werkstätten eingerichtet, noch sonst spürbare Hilfe geleistet. 75 Prozent der Insassen des heutigen Flüchtlingslagers Dachau-Ost sind arbeitslos. Die überwiegende Mehrheit der Lagerinsassen ist nicht instande, die Mieten und die Stromrechnungen zu bezahlen. Hunger und Elend in einem noch stärkeren Maße als vorher, herrschen in dem Lager.

In dieser Situation berief der Lagerausschuß eine Versammlung ein, an der 2400 Lagerinsassen teilnahmen. Der bekannte Flüchtlingsprediger Egon Herrmann geistelte die Politik der Versprechungen und nannte es eine Infamie der bayerischen Regierung, wenn sie von den Flüchtlingen DM 0,90 für einen Topf kümmerlicher Suppe verlange.

Ab 1. Februar soll diese kostspielige Gemeinschaftspflege gänzlich eingestellt werden. Den Flüchtlingen würde damit zugemutet, von einem Wohlfahrtsfürsorgegesetz in Höhe von DM 0,50 pro Tag zu leben.

Im Namen des Lagerausschusses forderte Egon Herrmann die Flüchtlinge in Bayern auf, alle Zahlungen an öffentliche Kassen, sowohl Steuerzahlungen als auch andere, einzustellen und zu verlangen, daß diese Beträge vom Lastenausgleichsamt gezahlt werden. Der Lastenausgleich sei ein ungeheurer Betrug.

Das Nein der Flüchtlinge gegenüber der bayerischen Regierung bleibe, so lange bestehen, bis diese Regierung ein eindeutiges Ja zu einem gerechten Lastenausgleich sage, der den Flüchtlingen wirkliche Hilfe bringe.

Die versammelten Flüchtlinge spendeten den Ausführungen Egon Herrmanns stür-mischen Beifall.

Der unbequeme Flüchtlingssprecher

München. Gegen den Flüchtlingssprecher Egon Herrmann will der Oberstaatsanwalt des Landgerichts München wegen seiner in der Flüchtlingsversammlung Dachau gemachten Aufforderung zum Steuerstreik Anklage erheben.

Die ehrlichsten und pünktlichsten Steuerzahler rühren sich

Betriebsräte protestieren gegen die Besteuerung der Weihnachtsgewinnungen

Bonn. (SID.) Die Betriebsräte der Farbenfabriken Bayer in Leverkusen, Dormagen, Uedingen und Elberfeld, der Chemischen Werke Hüls in Marl, der Dynamit A. G. in Troisdorf, der A. G. für Stickstoff in Knapsack und der Dynamit-Aktiengesellschaft in Schleichbusch entsandten eine Delegation nach dem Bundestag in Bonn, um gegen die Sabotage des Beschlusses des Bundestages zu protestieren, der die Steuerfreiheit der Weihnachtsgewinnungen bis zu 300 DM genehmigt hatte. Die Abordnung übergab den Fraktionen des Bundestages eine Entschlie-ßung ihrer Belegschaften, in der es u. a. heißt:

„Wenn Strafen von einigen 1000 Mark anbestimmt werden, konnten die ehrlichsten und pünktlichsten Steuerzahler — das sind die Arbeiter und Angestellten — erwarten, daß ihre Ehrlichkeit durch Steuerfreiheit für Weihnachtsgewinnungen anerkannt wurde. Man kann weiter darauf hinweisen, daß die meisten Lohnsteuerzahler mehr Steuern entrichten als sie nach dem Einkommen-steuergesetz zahlen müßten, weil die An-träge auf Steuervergünstigung und Steuer-rückerstattung für den Arbeiter, der keinen Steuerberater zu Hilfe ziehen kann, viel zu kompliziert sind. Die zu viel gezahlte

Steuer macht ein Mehrfaches von dem Betrag aus, der durch die Steuerfreiheit der Weihnachtsgewinnungen ausfällt.“

Die mit den Betriebsräten der früheren I.G.-Werke auf einer Belegschaftsversammlung versammelten Arbeiter und Angestellten der Farbenfabriken Bayer, die im Namen von 42 000 Arbeitnehmern ihrer Betriebe sprechen, ersuchen die Bundesregierung und den Bundestag 300 DM Steuerfreiheit für Weihnachtsgewinnungen in das in Arbeit befindliche Einkommensteuergesetz hineinzubauen.“

Der ständige Vertreter des Fraktionsvorsitzenden der KPD-Fraktion, Abg. Renner, empfing die Abordnung und konnte im Namen der KPD-Fraktion versichern, daß diese sich entschieden auch für diese Forderung der Werktätigen einsetzen werde.

Im Streiflicht gesehen

Euthanasieprozeß in Manchester

Manchester. In Manchester begann vor einem überfüllten Gerichtssaal der Prozeß gegen den englischen Arzt Dr. Hermann Sander, der einer unheilbaren kranken Patientin den Gnadentod gegeben hat. Die Anklage lautet auf Mord. Sie wirft Dr. Sander vor, der 59-jährigen Mrs. Abbie Borroto viermal je zehn Kubikzentimeter Luft in die Venen injiziert zu haben. Unmittelbar nach der vierten Injektion ist die Patientin am 4. Dezember 1949 verstorben.

Dr. Sander erklärt mit fester Stimme, daß er sich nicht schuldig fühle. Das Gericht entließ ihn gegen eine Bürgschaft in Höhe von 100 000 DM und verfügte, daß er bis zum Abschluß des Verfahrens keine Praxis ausüben darf. Der Zeitpunkt für die nächste Verhandlung wurde noch nicht festgesetzt. (nach Reuter)

Kinder im Schnee erstickt

Augsburg. Eine einstürzende Schneemauer begrub am Mittwoch in Augsburg fünf Kinder unter sich. Sie hatten sich eine fast zwei Meter hohe Schneemauer gebaut, die während des Spiels plötzlich zusammenbrach. Passanten konnten nur drei der Kinder retten. Zwei waren erstickt.

Ungewöhnliche „Verhaftung“

Amsterdam. (dpa) Einen nicht alltäglichen Fang machte dieser Tage ein hollän-

discher Polizist. Es gelang ihm nämlich, einen Pinguin „in Gewahrsam zu nehmen“, der in aller Seelenruhe in der Nähe der Stadt Bussum auf einer Eisenbahnstrecke spazieren ging. Es stellte sich heraus, daß der Südpolarvogel zum Zirkus Straßburger gehört und auf unerklärliche Weise auf einem Bahntransport entwichen ist.

Not kennt kein Gebot

Köln. (E. B.) Etwa 200 notleidende Personen brachten in der Nähe von Siegburg (NRW) einen Kohlenzug zum Stehen und entnahmen etwa 1000 Zentner Kohlen aus den Wägen.

Der Kampf um die Erdölquellen

Kopenhagen. Die Erdölbohrungen in Dänemark, die im Februar vorigen Jahres eingestellt worden waren, sollen „Berlinske Tidende“ zufolge wieder aufgenommen werden. Die Bohrungen werden von der amerikanischen Gesellschaft „Oil Company“ geleitet.

... und um Absatzmärkte

Washington. Frankreich hat auf Grund amerikanischer Druckes die Einfuhrbeschränkungen für Waren aus den USA nach Französisch-Marokko erleichtert. Nach einem neuen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich können 18 Warenarten nunmehr ohne Devisen-Zuteilung frei nach Marokko importiert werden.

Die „Opfer“

„Moskau süßert!“, „Krise in der KPD“, „Max Reimann unter den Opfern“, „SED-Politik getadelt“, so und ähnlich lauten die Meldungen, die Schlagzeilen und die Kommentare, die angefangen von der britischen Zeitung in deutscher Sprache, „Die Welt“, bis zum letzten Kreisblättchen, sich immer wieder mit der ach so „bedeutungslosen“ KPD befassen. Wollte man täglich alle in den Redaktionsstuben erfundenen Märchen widerlegen, so würden wir kaum Platz für andere und wichtigere Dinge behalten. Aber heute sei es uns gestattet, kurz auf die in „Unnade Gefallenen“, die „Verschundenen“ und die zum Opfer gebrachten Minister und Funktionäre einzugehen.

Allen im Gedächtnis ist wohl noch die Behauptung, Otto Grotewohl, der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, hätte die Nerven verloren (8. 12. 1949 „Die Neue Zeitung“), er wurde in die Quarantäne nach Karlsruh gesteckt (14. 12. 49 „Die Welt“), außerdem beging er am gleichen Tage Selbstmord („Tagesspiegel“ vom 16. 12. 1949). Zur Ergänzung zog er sich noch eine Schußverletzung zu („Telegraf“ v. 16. 12. 49). In Karlsruh, wo er auf dem Sterbebett lag („Abend“ vom 17. 12. 49) erholte er sich zugleich auf der Krim („Sozialdemokrat“ vom 16. 12. 49). Fünf Minuten später stand er im Kreml stramm („Telegraf“ v. 16. 12. 49) und hatte Mühe, noch rechtzeitig zu seinem geheimen Staatsbegräbnis in Potsdam zu erscheinen (18. 12. 1949 „Herforder Anzeiger“). In den knapp bemessenen Pausen zwischen seinen Verpflichtungen wurden interessante „biodynamische Experimente“ mit ihm gemacht („Die Welt“ vom 15. 12. 1949).

Natürlich ist auch Wilhelm Pieck „in Unnade gefallen“ („Telegraf“ 21. 12. 1949). Er durfte nämlich nicht zum Geburtstag Stalins nach Moskau fahren, so meldet der „Telegraf“.

Gefahren ist Walter Ulbricht. Der war allerdings schon am 22. Juni 49 „kaltgestellt“ („Sozialdemokrat“) und „nach Albanien in die Verbannung geschickt“.

Aber auch die anderen Minister der Deutschen Demokratischen Republik bleiben nicht ungeschoren. Otto Nuschke war dabei, sich „als Kaufmann nach Schweden abzusetzen“ („Die Welt“ vom 14. 4. 1949), und Prof. Kästner ist praktisch und theoretisch „ein toter Mann“ („Neue Zeitung“ vom 7. 8. 1949).

Und was ist mit Innenminister Steinhoff? Lesen wir: „Steinhoffs Rücktritt“ („Die Welt“ vom 22. 9. 1949), „Unter Bewachung“ („Telegraf“ vom 30. 9. 1949), „In Unnade gefallen“ („Telegraf“ 29. 11. 1949).

Auch Heinrich Rau ist nach dem „Telegraf“ vom 29. April 1949 in „Unnade gefallen“. Und Fritz Selbmann mußte sich vor einem Militärtribunal „wegen Wirtschaftssabotage verantworten“ („Sozialdemokrat“ vom 30. 12. 1949). Der Justizminister der Deutschen Demokratischen Republik, Max Fechner, sollte „der Welt“ zufolge, bereits am 24. 3. 1949 „gesüßert“ worden sein.

Diese kleine Blütenlese mag genügen. Sie erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch wird sie verhindern, daß morgen schon wieder neue Märchen, Lügen und Auswüchse der Phantasie in der „objektiven“ Presse und im ganz und gar „überparteilichen“ Nordwestdeutschen Rundfunk verbreitet werden.

Weder die Genossen Grotewohl, Pieck, Ulbricht, Fechner und wie sie alle heißen mögen, noch der Genosse Reimann sind die Opfer, Opfer sind die armen Menschen, die glauben, was ihnen berufsmäßige Lügner täglich vorsetzen. (D.W.)

Märchen-„Welt“

verlogen, dumm aber gefährlich

Natürlich schwindelt „Die Welt“ nicht nur, wenn sie vorgibt, Nachrichten über die KPD zu verbreiten. Die volksdemokratischen Länder sind ein schier grenzenloser Tummelplatz für ihre Phantasie. Was sie da zusammenschwindelt, geht auf keine Kuhhaut. Die anständigen Zeitungen müßten eine ständige Rubrik von großem Umfang einrichten, wenn sie, was „Die Welt“ und ihresgleichen an verlogenen dummen Zeug über die volksdemokratischen Länder bringen, fortlaufend richtigstellen sollten. Verlogen dumm und auf gefährliche Wirkung berechnet, nämlich der ideologischen Kriegsvorbereitung zu dienen, ist auch die folgende „Welt“-Geschichte.

Am 28. November war in dem Blatt in dicker zweiseitiger Überschrift zu lesen: „CSR als Geburtstagsgeschenk“, gleich darunter „Prag plant Anschluss an Moskau am 21. Dezember“. Und dann ging es los: In London (natürlich) laufen aus Prag Nachrichten ein, daß die tschechoslowakische Regierung „Vorbereitungen zur Eingliederung ihres Landes in die Sowjetunion“ treffe. „Ob diese einfach dekretiert werden oder zum Gegenstand einer Pseudovollstimmgebung gemacht werden soll, steht noch nicht fest“, schreibt „Die Welt“ weiter. Dann gibt sie sich an's Spekulieren. Das Ergebnis der Unterschriftensammlung für Glückwunschanadressen zu Stalins Geburtstag am 21. Dezember könnte als eine überwältigende Vertrauensklärung bezeichnet werden. Es könnte die „CSR-Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion“, die binnen weniger Wochen ihre Mitgliederzahl um mehrere Millionen erhöht habe, „für die erwartete Anschlusspropaganda der Regierung bewertet werden“ usw.

Und am Ende der Knalleffekt, der „Vorteil für Moskau“, „daß offiziell sowjetische Truppen in der CSR stationiert werden können“.

Man ist vollkommen einverstanden damit, daß in den Ländern des Nordatlantikkordes der amerikanische Generalstab vertreten durch militärische Sachverständige, sein Hauptquartier aufschlägt. Man hat garnichts dagegen, daß der Weltlauf der Bewaffnung seinen Fortgang nimmt, während die Lebenshaltung der breiten Volksmassen in Frankreich z. B. und in England hinter dem von 1938 noch weit zurückbleibt. Man ist sehr damit einverstanden, wenn Großbritannien zu einem Depot amerikanischer Atombomben wird. Das alles, was wahr ist, schreibt man so am Rande. Der Schwindel über die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion aber wird dick aufgetragen. Er soll die Vorgänge im imperialistischen Lager bei der Wiedergabe in der Zeitung verwischen und nicht klar erkennbar machen.

Die westlichen Hetzapostel sind außer Fassung!

Keine KZ in der Deutschen Demokratischen Republik

Während der Weihnachtsfeierlage haben Berliner Geistliche, u. a. der evangelische Bischof Dr. Dibelius, der katholische Weihbischof Paul Tkotsch und Propst Grüber, der Bevollmächtigte des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland — Gottesdienste für die Insassen der sowjetischen Internierungslager in der Deutschen Demokratischen Republik abhalten können.

Propst Grüber hatte Sachsenhausen als KZ-Lager während der Nazizeit als Sträfling kennen gelernt. Bei seinem Weihnachtsbesuch fand er ein gänzlich verändertes „Lager Sachsenhausen“.

„Es wäre ein unverzeihliches Unrecht, dieses Lager von heute mit den KZ Hitlers in einem Atemzug zu nennen oder gar zu sagen, genau wie bei den Nazis, vielleicht noch schlimmer.“

Propst Grüber kennt Lagerverhältnisse sehr gut; er hat sämtliche Flüchtlingslager in Dänemark gesehen; er kennt auch die „englischen Musterlager“ und die elenden

Flüchtlingslager in Westdeutschland. „Jedoch war die Lagerpsychose überall gleich groß“, sagte er. Und wie ist es in Sachsenhausen?

„Was die Unterbringung, Verpflegung und die sanitären Einrichtungen des Lagers angeht, so übertrifft dieses viele der Flüchtlingslager in der Westzone, die ich gesehen habe“.

sagt Propst Grüber, entgegen aller anti-sowjetischen Hetze, denn,

„Ich habe keine Veranlassung, über das, was ich gesehen habe, zu schweigen“, selbst auf die Gefahr hin, daß man von einer bestimmten Seite darüber böse sein wird, „daß man kein Material für eine dramatische Greuelpropaganda bekommt.“

Propst Grüber zieht einen Vergleich mit den Insassen der Häfterschen Konzentrationslager. Wie steht es dagegen mit den Menschen, mit den Häftlingen, in den Lagern, die er jetzt besuchte?

„Schon äußerlich fiel es auf, daß die Menschen nicht Nummern waren, sondern Individuen. Damals lief eine verschüchterte grau-blaue Masse durcheinander — es durfte ja keiner im Lager Schritt gehen oder gar herumstehen — alle trugen damals die grau-blaue Sträflingskleidung, kurz geschnittenes Haar und Holzpantinen. Jetzt standen hier Menschen in zwangloser Unterhaltung herum, gut angezogen — jeder trug seine eigenen Sachen — gut gepflegt und normal genährt. Die Frauen hatten allerhand Verschönerungskünste angewendet, es fehlte sogar bei den jüngeren nicht die rote Farbe auf den Lippen. Die ganze Haltung war, so weit das in einem Lager möglich ist, ungezwungen, auch das Gespräch, das ich nach dem Gottesdienst mit den Frauen hatte. Es stellte sich heraus, daß die Gottesdienstbesucherinnen auch regelmäßige

Polens Wirtschaft ist vorbildlich

Vorkriegsproduktion um 73 Prozent übertroffen — Große Wirtschaftserfolge in der Tschechoslowakei

Warschau. (Eig. Ber.) „Im vergangenen Jahr war der Gesamtwert der Industrieproduktion Polens um 73 Prozent höher als in den letzten Jahren vor dem Krieg, während auf den Kopf der Bevölkerung zweieinhalbmal soviel Industrieprodukte entfielen“, erklärte der Präsident der Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, in einer Ansprache zu Beginn des neuen Jahres. Das polnische Volk hat seinen ersten großen und schöpferischen Dreijahresplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes sehr gut erfüllt.

Während der Ausarbeitung des Planes erschien vielen dieses Projekt als zu kühn und nicht durchführbar. Die Werktätigen Polens haben jedoch mit tiefer Zuversicht, mit Enthusiasmus und Patriotismus die Durchführung des Planes bewiesen. Das zeugt von den großen schöpferischen Fähigkeiten und dem Fleiß unseres Volkes.

Heute — fuhr Bierut fort —, wo Polen dank der brüderlichen Hilfe der Sowjetvölker die Freiheit erlangt hat, wo es die Ausbeutung und die gutsherrlichen und kapitalistischen Parasiten beseitigt hat, wo es eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung aufbaut, festigen Hunderttausende von Aktivisten mit ihren Anstrengungen und ihrer Uneigennützigkeit die Bildung dieser neuen Ordnung. Je zahlreicher sie sein werden, um so schneller wird die Stärke des polnischen Volkes wachsen, um so besser und reicher wird das Leben aller Menschen unseres Landes werden.

Prag (ADN) „Das Einkommen der Werktätigen der Tschechoslowakei im vergangenen Jahre hat sich auf Grund ihrer guten Arbeit um durchschnittlich 15 Prozent, das der Bauern um 11 Prozent erhöht“, erklärte

der Staatspräsident Klement Gottwald in seiner Ansprache zum neuen Jahr.

Die im Jahre 1949 aus Mitteln der Sozialversicherung gezahlten Summen überstiegen die des Jahres 1948 um 60 Prozent. 21 000 Wohnungen wurden wiederhergestellt oder neu gebaut. In den Jahren 1947 und 1948 waren es zusammen nur 23 000. Der Konsum an Butter stieg gegenüber 1948 um fast 80 Prozent, 100 Prozent mehr elektrischer Strom, 50 Prozent mehr Braunkohle, 50 Prozent mehr Wollstoffe und 1600 Prozent mehr Traktoren wurden produziert. Die landwirtschaftliche Produktion liegt 14 Prozent über der von 1948. „Das Jahr 1950“, erklärte Gottwald, „wird uns einen weiteren großen Schritt dem leuchtenden Ziel des Sozialismus näherbringen.“

Wir leiden dauernd Mangel und Hunger

Asiens Frauen werden kämpfen bis zur Niederlage des Imperialismus

Die allasiatische Frauenkonferenz in Peking richtete eine Botschaft an die Frauen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Hollands, in der es heißt:

„Wir Frauen und Mütter in Asien, die wir Hunderte von Millionen unserer Schwestern vertreten, wir richten an Euch Frauen und Mütter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Hollands, die ihr in den imperialistischen Ländern lebt, deren Regierungen unsere Völker unterdrücken, einen Appell.“

Wir, die wir hier in Peking, der Hauptstadt der chinesischen Volksrepublik, versammelt sind, rufen unsere Schwestern auf, sich zu vereinen und ihren Kampf zu verstärken, um die geheiligte Sache, unsere Kinder aus einem Leben der Sklaverei zu befreien und für sie eine freie und glückliche Zukunft zu erobern, zu Ende zu führen.

Während Jahrhunderten haben Eure Regierungen ihre Macht den Völkern Asiens grausam aufgezwungen. Sie haben gegen jeden Fortschritt in unseren Ländern gekämpft. Sie haben uns das schwere Joch der kolonialen und feudalen Unterdrückung aufgezwungen. Sie suchen militärische Stützpunkte in Asien, sie wollen, daß Japan, die Philippinen, Indien, Indonesien, Viet-Nam, Südkorea usw. ihnen als Angriffsbasis dienen...

Wir Frauen Asiens kennen keinen Frauen-, Mutter-, und Arbeitsschutz, und unsere Kinder haben ihn ebenso wenig wie wir. Wir arbeiten fünfzehn Stunden am Tage, um eine Handvoll Reis zu verdienen. Wir leiden dauernd Hunger und Mangel. Unsere unglücklichen Kinder arbeiten vom Alter von fünf und sechs Jahren an in Bergwerken, Fabriken und auf Plantagen.

Wir Frauen Asiens erklären fest, daß wir unseren Kampf bis zur Niederlage des Imperialismus in unseren Ländern zu Ende führen werden...

Mütter von Frankreich, Großbritannien und Holland, sie haben uns unsere Söhne geraubt, um uns mit Mitteln des Terrors und des erbarmungslosen Krieges zu unterwerfen. Sie lassen Eure Söhne bei uns sterben, um ihre Pläne zu verwirklichen.

Mütter der Vereinigten Staaten, es sind die in Euren Fabriken hergestellten Tanks und Flugzeuge, die unsere Städte und unsere armenigen Gegenstände niederbrennen und zerstören und die unsere Söhne töten. Liebe Schwestern, unsere Interessen sind dieselben. Es ist unsere Pflicht, daß wir uns Seite an Seite im Kampf vereinen. Wir lieben unsere Söhne, wie ihr die euren liebt und wir wünschen ihr Glück wie ihr es den euren wünscht. Deshalb kann nichts eurer Welt die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit in unseren Herzen vernichten, Millionen von unseren Schwestern in Asien sind schon befreit, wir sehen unsere schönsten Träume in der Sowjetunion verwirklicht.

Frauen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Hollands, wir richten

unseren Appell an Euch. Unser Kampf ist hart. Verstärkt Eure Solidarität mit uns! Gestattet den Imperialisten nicht, daß unsere Söhne sich gegenseitig töten! Gebietet allen Kolonialkriegen Einhalt! Besteht darauf, daß Eure Regierungen ihre Truppen aus Viet-Nam, Indonesien, Malaya und Korea zurückziehen! Wendet Euch mit all Euren Kräften gegen die Einmischung Eurer Regierung in das Leben Asiens. Besteht auf der Herabsetzung der Kriegskredite, der Einschränkung der Kriegproduktion und fordert das Verbot der Atomwaffen. Verstärkt den Kampf um eine wirkliche Demokratie in Euren eigenen Ländern! Kämpft an unserer Seite für einen dauerhaften Frieden zum Wohle der ganzen Welt!

„L'Humanité“, Paris

Wenn ich gesund zurückkomme . . .

Briefe eines deutschen Fremdenlegionärs aus den Urwäldern Indochinas

Berlin. (EB.) Unter der Überschrift: „Wenn ich gesund zurückkomme . . .“ berichtet „Deutschlands Stimme“, das Wochenblatt der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden, über das Leben und das Schicksal deutscher Landsknechte in den Urwäldern Vietnams. Die Zeitung gibt Briefe eines jungen deutschen Fremdenlegionärs in Faksimile wieder, der der 12. Kompanie in Indochina, Feldpostnummer SP 82 388 angehört und an die Familie Ernst in Berlin NO 55 gerichtet ist.

Der Verfasser, so heißt es in der Zeitung, traf Anfang Oktober 1949 mit einem größeren Transport in Saigon ein und sitzt seitdem 100 Kilometer von der Küste inmitten von Reisfeldern und Urwald. Die Unterkünfte der Legionäre sind äußerst primitiv und wimmeln von Ratten und Ungeziefer. Die notwendigen Arbeiten müssen gefangene Vietnameser verrichten, die dafür kein Geld erhalten, aber geprügelt werden.

Nach einer Schilderung des Lebens in der Fremdenlegion kommt der Verfasser der Briefe auf die „Operationen“ gegen die freiheitsliebenden Vietnameser zu sprechen. „Die Gefangenen, die mit Gewehren ange-

troffen werden, werden meistens unter mittelalterlichen Druckmitteln verhört und auch dann bekommt man nicht viel heraus. Meistens überleben sie das nicht“, berichtet der junge Deutsche. Es überrascht daher nicht, schreibt „Deutschlands Stimme“, wenn der junge Legionär feststellt: „Die Legion ist hier so verrotten, wie die SS.“

Aus den Berichten des Briefschreibers geht klar hervor, schreibt das Blatt weiter, daß das Landknechtsleben in der Urwaldsamkeit weit von der verlogenen Abenteuerromantik entfernt ist, die so eifrig propagiert wird, um junge Deutsche in die Fremdenlegion zu ziehen. Er selbst kennzeichnet das zermürbende Soldatenleben mit den Worten: „Wenn ich gesund zurückkomme, die Nerven sind bestimmt kaputt“.

Abschließend stellt das Blatt fest: „Aus diesen Zitaten spricht die ganze Sinnlosigkeit des Landknechtsdaseins der Fremdenlegionäre. Die deutschen Legionäre dürfen sich jedoch nicht über die Strapazen beklagen, die sie erdulden müssen. Sie hätten es nicht nötig, in Hinterindien ihre Gesundheit zu ruinieren oder ihr Leben zu opfern, damit ausländischen Großkapitalisten ihre Profitquellen erhalten bleiben. Es hieße aber an dem Problem vorbeisehen, wollte man die alleinige Schuld den jungen Männern zuschreiben, die sich mit wohlthönden Versprechungen in die Legion locken ließen.“

Weltbank im Dienste der Versklavung

Englische Gesellschaft bricht Verhandlungen ab

London. (nach VWD) Die Verhandlungen der Gesellschaft für die Entwicklung der Kolonien mit der Weltbank über die Gewährung einer Anleihe von fünf Millionen Dollar sind abgebrochen worden. Wie es in einer offiziellen Erklärung der britischen Gesellschaft heißt, habe die Bank für die Gewährung der Anleihe Bedingungen gestellt, die unannehmbar waren. Wie in britischen Finanzkreisen erklärt wird, sind die Verhandlungen deshalb gescheitert, weil die von der USA-Regierung kontrollierte internationale Bank bei Gewährung von Anleihen immer wieder versucht habe, damit Bedingungen politischer und wirtschaftlicher Art zu verknüpfen, die weit über ihre Funktion als Bankinstitut hinausgehen.

Reuters Finanzredakteur Sydney Campbell schreibt hierzu u. a., daß sich die Weltbank nicht nur als Geldgeber betätige. Sie vertrete die Ansicht, daß das Kapital die unwesentlichste Frage der internationalen Investitionen sei. Es sei daran erinnert, daß der Finanzminister der südafrikanischen Union vor einigen Monaten nach ähnlichen Verhandlungen erklärte, die von der USA-Regierung kontrollierten Bankinstitute hätten versucht, bei der Gewährung einer Anleihe seiner Regierung „unannehmbar Bedingungen“ aufzuerlegen. Diese gescheiterten Verhandlungen beweisen deutlich, daß das USA-Kapital bestrebt ist, durch Anleihen alle Länder von sich wirtschaftlich und politisch abhängig zu machen.

Seit dem 21. Dezember, dem von der „Welt“ vorausgesagten Tag des Anschlusses der Tschechoslowakei an Moskau, ist ein halber Monat verflossen, und das Publikum das auf „Die Welt“ schwört, hat den Schwindel vom 28. November schon längst vergessen. Deshalb braucht „Die Welt“ sich auch nicht zu beeilen, ihr Publikum ist inzwischen mit anderen faustdicken Lügen prallgefüllt worden. Aber schließlich und endlich können Lähmungserscheinungen im

Denkvermögen, die dadurch hervorgerufen werden, nicht ewig dauern. Sie dürfen es auch nicht. Denn zur Teilnahme am Kampf gegen den Krieg und für die Verteidigung des Friedens bedarf es klarer Köpfe nicht nur der Arbeiter, sondern der Angehörigen aller ausgebeuteten Schichten. Und der Kampf gegen die Lügenhetze von Zeitungen wie „Die Welt“ eine ist, ist für sich allein schon ein Stück des Kampfes gegen die Kriegstreiber zur Verteidigung des Friedens. I. H.

Pressestimmen

USA hätten „diskreter“ intervenieren sollen

Die amerikanische Politik hat sich in ihrem Ausgangspunkt entsprechend angestrengt, das Bündnis mit Europa gegen Moskau enger zu gestalten. Dem Marshallplan wurde der Atlantikpakt hinzugefügt. Der erste macht zur Zeit eine Krise durch. Beim zweiten erweist es sich, daß seine Verwirklichung auf Schwierigkeiten stößt. Wenn die europäische Wirtschaft wieder hochkommen ist, stößt die Verschmelzung oder mindestens die enge Verbindung der nationalen Wirtschaften wie sie von Washington gewünscht wird, auf beinahe unüberbrückbare Hindernisse.

Es scheint, daß sich die Beziehungen zwischen Europa und Amerika besser gestaltet hätten, wenn beide mit etwas mehr Distanz an die Lösung dieser Frage herangegangen wären. Hierzu wäre es notwendig gewesen, daß die USA in einer diskreteren Weise interveniert hätten und daß Europa mehr Eifer entfaltet hätte, seine Unabhängigkeit zu bewahren.

„Le Monde“, Paris.

Größtes Versäumnis war, Misfachtung sowjetischer Atom-Vorschläge

Wenn es jemals eine Zeit gegeben hätte, in der wir uns gegenüber den Russen infolge unserer überlegenen militärischen Kraft sicher fühlen konnten, so endete diese mit der Ankündigung der ersten russischen Atombombe. Jetzt müssen wir mit weniger groben Methoden unsere Sicherheit suchen, als dies die Drohung darstellt, daß amerikanische Atombomben Moskau zerstören könnten...

In jeder Frage, die uns von der SU trennt, besteht eine Menge Ungenauigkeit. Zweifel und Zweideutigkeit, was nur auf dem Wege von Verhandlungen gelöst werden kann. Solche Verhandlungen sollten schon im Jahre 1949 begonnen haben. Das größte Versäumnis der britischen Diplomatie in diesem Jahr war unsere Weigerung, den neuen russischen Vorschlägen, die in Kontrolle der Atomenergie in Lake Success ernsthaft Aufmerksamkeit geschenkt zu haben und dem veralteten Baruch-Plan stur angehangen zu haben. „The New Statesman and Nation“, London.

Hörerinnen meiner Morgenseiern im Berliner Rundfunk waren.“

Was bleibt noch übrig von den antikommunistischen Greuelmeldungen über die „kultur- und religionsfeindlichen Kommunisten“? Nichts, als die unverhüllte Absicht der monopolistischen Kriegshetzer durch ihre Hilfskräfte Lügen um jeden Preis zu erfinden, damit die Menschen weiterhin ihre unsoziale Ausbeuterherrschaft dulden, aus Furcht vor der „Tyrannei“ der Kommunisten.

Wie sieht es um die Furcht der Häftlinge der Internierungslager vor ihren sowjetischen Wächtern?

„Das Verhältnis zu den Wachmannschaften war, soweit ich feststellen konnte, kein verängstigt“, sagt Propst Grüber. Es gibt also keine Furcht, selbst nicht in diesen Lagern.

„Das haben mir auch die früher entlassenen Häftlinge bestätigt, daß mehr Schwierigkeiten durch die Mitgefingenen als durch die russischen Wachmannschaften entstanden. . . Weder durch Arbeitsüberlastung, noch durch ausgesuchte Torturen werden die Menschen heute systematisch liquidiert.“

Propst Grüber weiß, wie es früher unter der deutschen faschistischen Lagerleitung in den KZ-Lagern zugeht.

„Gerade als ich in Sachsenhausen an den Baracken 9 und 10 vorbeiging, wurde in mir die Erinnerung an die Augusttage 1941 wieder wach, wo in diesen Baracken Tausende von russischen Kriegsgefangenen eingepfercht waren, die dann nachts auf dem Industriefeld auf die grausamste Weise umgelegt wurden. Wir standen damals alle ohnmächtig und sahen dem Geschehen zu, wir ballten unsere Fäuste hinter dem Rücken, aber keiner von uns Häftlingen hatte den Mut, aufzuschreien. . .“

Dieses Lager sah zwei Welten, grundsätzlich voneinander verschieden. Die Russen haben nie daran gedacht, die unmenschlichen Grausamkeiten der deutschen faschistischen Henkersknechte zu rächen. Aber die antikommunistischen Hetzer von heute, von denen ein Großteil durch die Goebbelsche Schule gegangen ist, übertragen ihre eigenen Greuelthaten auf das Konto der Russen. Sie wollen Haß sünden zwischen dem russischen und dem deutschen Volk, wo für unser Volk Verständigung und Freundschaft notwendig und segensreich ist.

Doch es gibt heute auch schon viele aufrechte, ehrliche Deutsche, denen die Wahrheit zum Wohle unseres Volkes mehr wert ist, als der Judaslohn eines zweifelhaften Wohlstandes aus den Taschen der imperialistischen Kriegshetzer für den Verrat an der Sicherheit und der friedlichen Zukunft unseres Volkes. Mit diesen Berufshetzern und mit jenen, die während der Nazizeit schwiegen, zu diskutieren, lehnt Propst Grüber ab.

„Wir lehnen es daher auch ab, über diese Fragen mit solchen Deutschen in eine Diskussion einzutreten, die glauben, jetzt mit demselben Eifer reden zu müssen, wie sie früher geschwiegen haben.“

Diese Lager sind keine Todeslager mit Gaskammern, Foltern und menschenunwürdigen Experimenten an „rassisch“ Minderwertigen; diese Lager sind Erziehungslager für verwahrloste, assoziierte Elemente, Saboteure und Nazifaschisten, die Erbschaft einer barbarischen deutschen Epoche, die heute durch systematische Arbeit umzogen werden müssen, damit sie nutzbringende Glieder im Leben der Deutschen Demokratischen Republik werden.

Im übrigen mögen die friedliebenden Deutschen gegen alle Kriegs- und Haßsänge die Worte des Propst Grüber beherzigen:

„Wir wollen als Deutsche nicht wieder mitschuldig werden, an der grausamen Vernichtung von Menschen und ganzen Völkern.“ W. F. C.

Für Aufhebung der Gehaltskürzung

Antrag der Fraktion der KPD betreffs Erlaß eines Gesetzes über die Aufhebung der 6proz. Gehaltskürzung nach der ersten Gehaltskürzungsverordnung vom Dezember 1930 für die Verwaltungsangehörigen des Bundesdienstes und der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Der Bundestag wolle beschließen, folgenden Gesetzentwurf die Zustimmung zu geben:

„Gesetz über die Aufhebung der sechsprozentigen Gehaltskürzung nach der Ersten Gehaltskürzungsverordnung vom Dezember 1930 für die Verwaltungsangehörigen des Bundesdienstes und der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.“

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1. Die 6proz. Gehaltskürzung der Beamten und Ruhestandsbeamten auf Grund der Ersten Gehaltskürzungsverordnung vom Dezember 1930 ist für die Verwaltungsangehörigen einschließlich der Versorgungsberechtigten des Bundesdienstes und der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes aufgehoben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1950 in Kraft. Renner und Fraktion.

Wer ist der stärkste Mann der Welt?

Eine Parabel aus der indischen Provinz Bengalen

Fadu Mija und Tschuni Ram waren die größten Streithähne des Dorfes. Kaum trafen sie sich, so begannen sie schon zu zanken. Einmal stritten sie darüber, wer wohl der stärkste Mann der Welt sei. „Natürlich der Dorfälteste“, meinte Fadu. „Er hat die besten Büffel und die reichsten Ernten.“

„Was unser Dorf betrifft, so hast du recht“, antwortete Tschuni. „Aber es handelt sich bei diesem Streit doch um den stärksten Mann der Welt. Deshalb ist der Gutsherr der Stärkste. Alle sind wir ihm verschuldet, ihm gehören unsere Felder, unsere Hütten, unsere Büffel.“

Da schlug ihr Freund Gopal vor: „Laßt uns doch den Gutsbesitzer selber fragen, ob er der stärkste Mann der Welt ist. Wenn er es ist, wird ihm unsere Frage angenehm sein, und er wird uns ein Festmahl bereiten. Ist er es nicht, so wird er uns zu dem stärksten Manne schicken, und wir ergründen die Wahrheit.“

Die Streithähne waren es zufrieden und gingen zum Gutsbesitzer. Unterwegs trafen sie Freunde, die sich ihnen neugierig anschlossen. „Wartet hier vor dem Tor, meine Brüder“, sagte Tschuni, „wir wollen allein hineingehen.“

Der Gutsbesitzer hörte sich ihre Frage an und lachte: „Ihr hättet schon früher zu mir kommen sollen. Mir gehören hundert Büffel und alles Land im Süden...“ In diesem Augenblick näherte sich ihm ein Bedienter und flüsterte ihm etwas ins Ohr.

„Was?“ schrie er. „Sie wollen ihre Steuern nicht bezahlen? Ich werde sie einsperren lassen. Gehe sofort zum Polizeioberst und bitte ihn um Hilfe.“ Im Hause entstand ein Getöse, und die Streithähne entsprangen auf die Straße.

Der Polizeioberst ist also stärker als der Gutsbesitzer, sprach Gopal zu den Männern, die am Tore warteten. „Denn der um Hilfe Flehende ist schwächer als der, der ihm Hilfe leistet.“

Und sie gingen zum Polizeioberst. Dazu mußten sie drei Dörfer durchqueren, aus denen sich ihnen viele Menschen anschlossen, die auch erfahren wollten, wer der stärkste Mann der Welt sei.

Ihre Begleiter auf der Straße zurücklassend, gingen die drei Freunde auf den Hof des Polizeiobersten. Herablassend lächelte er, als sie ihm von ihrem Streit erzählten. „Niemand ist stärker als die Polizei, und ich bin ihr Oberst. Ich könnte euch auf der Stelle erschließen lassen. Ohne meine Hilfe erhaltet ihr kein Gutsbesitzer seine Steuern. Ohne mich würde der Staat zu Staub zerfallen. Ich...“

In diesem Augenblick rannte ein Polizist zum Oberst und schrie außer Atem: „Der Radschah befiehlt Ihnen, unverzüglich bei Hofe zu erscheinen.“ Der Oberst verlor alle seine Selbstsicherheit und stürzte ins Haus.

„Was sagte der Oberst?“, wurden die Streithähne gefragt, als sie auf die Straße zurückkamen. „Wer ist der Stärkste?“ „Wenn wir es recht bedenken“, antwortete Fadu, „so ist der Radschah stärker als der Polizeioberst.“

Und sie begaben sich zum Hofe des Radschahs. Als er von ihrem Streit erfuhr, sagte er: „Niemand kann sich mit mir vergleichen, meine Völker und meine Elefanten, meine Rupien und meine Kriege...“

In diesem Augenblick trat ein hochgewachsener Greis mit einem dicken Buch in das Empfangsgemach des Radschahs. Der Radschah beugte eilig vor ihm das Knie.

„Dies ist der Oberste Richter“, flüsterte der Fächerträger den Freunden zu, „und das Buch in seiner Hand ist das Heilige Gesetz. Dem Obersten Richter und seinen Brahmanen gehört halb Indien. Mit einem Wink seiner Hand kann er überall Aufstände entfachen; und welcher Reichtum liegt in den Kellern der Klöster!“

„Das ist der Stärkste“, dachten die Streithähne gerade, als ein Mann in einem Leinenanzug in das Empfangsgemach des Radschahs trat. Der Statthalter Brahmas auf Erden warf sich vor ihm mit solcher Heftigkeit auf die Knie, daß ihm das Heilige Gesetz entfiel.

„Diesmal irren wir uns nicht“, glaubte jeder der Freunde, „das ist der Stärkste!“

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür, und auf zwei Stöße gestützt, wankte ein kurzatmiger Greis herein. Als der Gouverneur, der Herr der Herren, und der Statthalter Brahmas auf Erden, den Alten sahen, erstarrten sie in einer tiefen Verbeugung und warfen sich erst zu Boden, als ihnen der Alte mit seinem Stock auf den Rücken klopfte.

„Dieser Sahib ist ein Bankier“, flüsterte der Fächerträger den Freunden zu, „der reichste Mann auf Erden, den die ganze Welt fürchtet.“

„Und dieser alte Mann ist der Stärkste auf Erden?“ fragten die Streithähne kopfschüttelnd. „Ei, ei, ei!“

„Nein“, flüsterte der Fächerträger, „das ist er nicht. Alle Sahibs haben sich in dieser sichersten aller Festungen versammelt, weil sie alle einen noch stärkeren fürchten.“

„Wer ist es denn?“, fragten die Streithähne.

„Das weiß ich nicht“, flüsterte der Fächerträger, „aber die Sahibs wollen ihn jetzt anschauen.“

Der Bankier, vom Gouverneur und dem Statthalter Brahmas auf Erden gestützt, trat hinaus auf den Balkon.

„Och“, kreischte der Bankier, „in diesem Lande ist es ja genau dasselbe.“ Der Gouverneur fiel wie ein Klotz leblos auf den Teppich. Der oberste Brahmane rang die Hände gen Himmel. Da der Bankier von niemandem mehr gehalten wurde, verdrehte er die Augen und fiel über den Gouverneur. Der Radschah aber schrie dem Fächerträger zu: „Alle zum geheimen Ausgang! Vielleicht können wir uns noch retten! Mir nach!“ und rannte davon.

Die Streithähne traten furchtsam ans Fenster. Sie erblickten die Marmorsteine des Palasthofes, das heißt, eigentlich erblickten sie sie nicht, denn der ganze Platz und alle angrenzenden Straßen hatten sich in ein Meer von Menschen verwandelt.

„Davor fürchtet sich also der Sahib-Bankier! Der Herr aller Herren!“ sagte Gopal. „Das ist also das Stärkste auf Erden!“ lächelte Fadu.

„Wir müssen ihnen schnell erzählen, was wir erfahren haben“, sagte Tschuni, „und alle sollen es ihren Landsleuten weiter erzählen. Je mehr Menschen die Wahrheit wissen, um so schöner werden wir in den Dschungeln leben können.“

Die drei Freunde liefen an den angstschlotternden Palastwachen, an den zitternden Polizisten vorbei, verließen den Palast und mischten sich unter die Menge.

Land der Armut und des Reichtums

Reisebericht einer französischen Frau über Indien / Von Simone Bertrand

In Malaja war ich in Singapur, dem großen Hafen, dem Knotenpunkt der Welt. Indien ist das Land der Übervölkerung und der Unterernährung, der Armut und des Reichtums.

In den Straßen staut und drängt sich eine bunte Menschenmenge schiebt sich vorbei an den prächtigen Regierungsgebäuden, an den schönen Villen der Europäer und den Häusern der reichen Eingeborenen vorbei an den elenden Hütten der Armen, die gleichzeitig vielfach Wohnraum und Geschäftsraum darstellen. Stellen Sie sich eine Erdhütte vor, oder einen Raum aus Bambusrohren zusammengesetzt, deren einziges Zimmer sich nach einer Seite wie eine Bühne öffnet.

Prächtige amerikanische Autos jagen mit großer Geschwindigkeit durch die Straßen, zerteilen die Menge die die Straßen überfüllt. Hungerige Büffel, die hier heilig gelten, irren auf der Straße zwischen Gruppen von Männern, Frauen und Kindern umher, die in unvorstellbare Lumpen gehüllt, gleich Schatten daherschwanken, Bettler flehen mit lauter Stimme und strecken die Arme aus.

Kleine schwarze Silhouetten winden sich durch die Menge der Wagen und Menschen hindurch. Sie ziehen zweirädrige Rikschas, die mit ein oder zwei Personen besetzt sind. Die Körper der Rikschakulis strafen sich unter der Anstrengung. Ihre Füße pressen sich an den glühenden Boden, und Schweiß rinnt ihren Körper herab, den sie immer wieder mit einem Tuch abreiben.

25 Prozent der Kinder arbeiten in Zigarrettenfabriken. Es gab auch Kinder in den Spinnereien. Ich habe im Lager Mantuga in Bombay mit ihnen gesprochen. Sie sind außerordentlich lebhaft und intelligent, haben große, leuchtende Augen und sind sehr wißbegierig. Sie erzählten mir, daß sie Kloaken reinigen, in die sie dank ihrem schmalen Körper leichter eindringen können.

Die Schulen sind selten und sehr teuer. In Indien gibt es 85 Prozent Analphabeten, und 98 Prozent der Frauen können nicht lesen. In Malaja können die Regierungsschulen nur 5 Prozent der schulpflichtigen Kinder aufnehmen. Bücher, Einrichtungsgegenstände der Schule und auch das Schulgeld müssen bezahlt werden.

Sind irgendwelche sozialen Errungenschaften zu verzeichnen? Jeder Reisende, der nach Indien kommt, wundert sich über die große Anzahl derer, die auf den Bürgersteigen leben und schlafen. Am Tage gehen die Menschen auf Nahrungssuche, und in der Nacht schlafen sie direkt auf der Straße, und zwar Männer, Frauen, Kinder und zuweilen sogar Säuglinge. Man sagte mir, daß die Europäer nur die 2 Prozent der Einwohner Kalkuttas kennen, die in den schönen Vierteln der Stadt leben. Ich habe jedoch die schrecklichen Behausungen der Jute-Arbeiter kennengelernt. Es sind morsche, aus getrocknetem Schlamm erbaute Hütten ohne Fenster.

Pakistan ist im wesentlichen ein Agrarland und Erzeuger von Baumwolle und Jute, während sich in Hindustan viel Industrie befindet, die diese Baumwolle und Jute verarbeitet.

Die Frauen Indiens sehen, wie die Gefahr eines Krieges wächst, der von Gewinn- und herrschsüchtigen Menschen provoziert wird. Der Krieg wütet vor ihrer Tür, in Vietnam und Indonesien, und eine gemeinsame Angst verbindet die Frauen aller dieser Länder, die in Freiheit leben wollen. Die Siege des befreiten Chinas und Nordkoreas geben ihnen große Hoffnungen.



Indisches Mädchen

Der Schrecken von Saint Omer

Aus der Erzählung „Putois“ von Anatole France

Soeben erscheint im Aufbau-Verlag von Anatole France „Der fliegende Händler“ und andere Erzählungen. — Die folgende heiter-kritische Begebenheit ist diesem Band entnommen.

Gegen zehn Uhr abends, nachdem Pauline auf ihr Zimmer gegangen war, sagte Fräulein Bergeret zu ihrem Bruder: „Vergiß nicht den Vorfall, Lucien, daß Putois die Köchin, der Frau Cornouiller verführte.“

„Ich habe schon daran gedacht, liebe Schwester, das ist ja das Beste von der ganzen Geschichte. Aber alles der Reihe nach. Putois wurde eifrig von der Justiz gesucht, sie konnte ihn aber nicht aufspüren machen. Als man erfuhr, daß er nicht zu entdecken sei, setzte jedermann seine Ehre darein, ihn aufzufinden. Den Männern gelang es auch. Und da es viele Männer in St. Omer und in der Umgebung gab, so wurde Putois gleichzeitig auf der Straße, auf den Feldern und in Wäldern gesehen.“

Er wurde der Schrecken von St. Omer. Frau Cornouiller war überzeugt, daß Putois die drei Melonen und die drei kleinen, silbernen Löfl gestohlen habe. Sie lebte in steter Angst vor ihm und verbarrikadierte sich in Montplaisir. Aber Regel, Schloß, Gitter und Ketten vermochten sie nicht zu beruhigen. Putois war für sie ein Wesen von Entsetzender Subtilität, das durch Türen hindurchdringen konnte. Dazu kam ein häßliches Ereignis, das ihre Angst noch verdoppelte. Ihre Köchin war verführt worden, der Augenblick kam, daß sie ihren Feindtrich nicht mehr verbergen konnte, aber sie weigerte sich hartnäckig, ihren Verführer zu nennen.

„Sie hieß Gudule“, sagte Fräulein Bergeret. „Ja, Gudule hieß sie, und man glaubte, sie sei gegen die Gefahren der Liebe durch einen langen gabelförmigen Bart, den sie am Kinn trug, geschützt. Ein plötzlich entstandener Bart beschützte weiland die Jungfräulichkeit jener heiligen Königstochter, die in Prag verheiratet wurde. Gudule's Bart, der sich keineswegs mehr im Anfangsstadium befand, hatte aber noch nicht ausgereicht, ihre Tugend zu verteidigen. Frau Cornouiller drang in Gudule, daß sie ihr den Menschen nenne, der sie mißbraucht und dann in der Not verlassen hatte. Gudule brach in Tränen aus, aber sie schwieg. Bitten und Drohungen blieben erfolglos.“

Frau Cornouiller stellte eine lange, eingehende Untersuchung an. Sie fragte in geschickter Weise ihre Nachbarn aus, die umwohnenden Weiber, die Lieferanten, den Gärtner, den Chausseewärter, die Gendarmen, doch nichts brachte sie auf die Spur des Schuldigen. Auf neue versuchte sie, von Gudule ein Geständnis zu erlangen. „Sagen Sie mir doch in Ihrem eigenen Interesse, Gudule, wer es ist?“ Gudule blieb stumm. Plötzlich, wie ein Lichtstrahl, kam Frau Cornouiller der Gedanke: „Putois ist es gewesen!“ Die Köchin heulte und antwortete nicht.

„Es ist Putois! Das hätte ich mir gleich denken können! Natürlich, er ist es und kein anderer! O, du Unglückselge!“ Frau Cornouiller blieb steif und fest bei ihrer Ueberzeugung, daß das Kind ihrer Köchin von Putois stamme. Jedermann in St. Omer, vom Gerichtspräsidenten bis herab zum Laternenanzünder, kannte Gudule. Bei der Neuigkeit, daß Putois Gudule verführt habe, war die ganze Stadt voller Ueber-raschung, Verwunderung und Heterkeit. Putois wurde wie ein Held gefeiert. Auf sehr

leichte Indizien hin schrieb man ihm die Vaterschaft von fünf oder sechs anderen Kindern zu, die in jenem Jahr zur Welt kamen und die besser getan hätten, fern zu bleiben, in Anbetracht des Vergnügens, das ihrer dort wartete, und mit Rücksicht auf die Freude, die sie ihren Müttern bereitet.

„Welch ein Ungeheuer, dieser Putois!“ riefen die Gevatterinnen. So bedrohte dieser unsichtbare Satyr mit nicht wiedergutzumachendem Unheil die weibliche Jugend unserer Stadt, in der man, wie die ältesten Leute sagten, die jungen Mädchen seit Menschengedenken stets in Ruhe gelassen hatte.

Während er so in der Stadt und Umgegend sein Spiel trieb, war er mit unserem Hause durch tausend feine Bande verknüpft. Man hatte ihn vor unserer Tür gesehen und glaubte, daß er zuweilen über die Gartenmauer kletterte...

Für unsern Vater hatte er einen ganz besonderen Charakter. Er war ihm ein Rätsel und Gegenstand philosophischer Betrachtungen. Unser Vater hatte viel Mitleid mit den Menschen. Er hielt sie für nicht allzu vernünftig; ihre Irrtümer, wenn sie nicht auf Grausamkeit hinausliefen, amüsierten ihn und brachten ihn zum Lachen. Der Glaube an Putois interessierte ihn wie ein Auszug aus dem Lehrbuch über den menschlichen Glauben. Da er eine Neigung zur Ironie hatte und sich gern ein bißchen lustig machte, so sprach er von Putois wie von einem wirklichen Wesen. Er legte bisweilen so viel Gewicht darauf und hob einzelne Umstände so scharf hervor, daß meine Mutter ganz über-rascht darüber war und in ihrer Aufrichtigkeit wohl zu ihm sagte: „Fast sollte man glauben, daß du ihm Ernst sprächest, mein Lieber, aber du weißt doch...“

Dann antwortete er gelassen: „Ganz St. Omer glaubte an Putois. Wie wäre ich ein guter Bürger, wenn ich ihn verleugnen wollte! Man muß es sich zweimal überlegen, ehe man einen allgemeinen Glaubenssatz verwirft.“

Ein Wort gibt das andere

Von Johann Peter Hebel

Ein reicher Herr im Schwabenland schickte seinen Sohn nach Paris, daß er sollte Französisch lernen und ein wenig gute Sitten. Nach einem Jahr oder drüber kommt der Knecht aus des Vaters Haus auch nach Paris. Als der junge Herr den Knecht erblickte, rief er voll Staunen und Freude aus: „Ei, Hans, wo führt dich der Himmel her? Wie steht es zu Hause, und was gibts Neues?“

„Nicht viel Neues, Herr Wilhelm, als daß vor zehn Tagen Euer schöner Rabe krepiert ist, den Euch vor einem Jahr der Weidgessell geschenkt hat.“

„O, das arme Tier“, erwiderte der Herr Wilhelm. „Was hat ihm denn gefehlt?“ „Drum hat er zu viel Luder gefressen, als unsere schönen Pferde flielen, eins nach dem anderen. Ich hab's gleich gesagt.“

„Wie! Meines Vaters vier schöne Mohrenschimmel sind gefallen?“ fragte der Herr Wilhelm. „Wie ging das zu?“ „Drum sind sie zu sehr angestrengt worden mit Wasserführen, als uns Haus und Hof verbrannte, und hat doch nichts geholfen.“

„Um Gottes Willen!“ rief der Herr Wilhelm voll Schrecken aus. „Ist unser schönes Haus verbrannt? Wann das?“ „Drum hat man nicht auf Feuer achtgegeben, an Ihres Herrn Vaters seliger Leiche, und ist bei Nacht begraben worden mit Fackeln. So ein Fünkeln ist bald verzettelt.“

„Unglückselige Botschaft!“ rief voll Schmerz der Herr Wilhelm aus. „Mein Vater tot? Und wie geht's meiner Schwester?“

„Drum eben hat sich Ihr Herr Vater seliger zu Tode gekrämt, als Ihre Jungfer Schwester ein Kindlein gebar und hatte keinen Vater dazu. Es ist ein Bublein!“

Das Volk muß erfahren, daß der Sozialismus nicht bloß die Regelung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse, überhaupt der wirtschaftlichen Funktionen des Staats- und Gesellschaftsorganismus vertritt, sondern daß er auf die vollständige Entfaltung des Individuums hinzielt und das gesellschaftliche Ideal darin erblickt, in jedem Menschen das Ideal des Menschentums nach Möglichkeit zu verwirklichen. Wilhelm Liebknecht.

Narkose - nützlich und schädlich

Neue Versuche von Prof. Galkin, Leningrad

In der Narkose verliert der menschliche Körper die Fähigkeit zur Wahrnehmung äußerer Reize. Aber auch andere Reaktionen ändern sich grundlegend. Spritzt man einem Menschen — etwa gegen Wundstarrkrampf oder Diphtherie — zum zweitenmal ein aus dem gleichen Tier gewonnenes Serum ein, so wehrt sich der Organismus heftig, so daß gefährliche Schockwirkungen eintreten können. Dieser anaphylaktische Schock läßt sich dadurch vermeiden, daß man die Einspritzung in Narkose vornimmt. Der Körper reagiert dann so, als wäre vorher niemals das gleiche Serum injiziert worden.

Professor Wsewolod Galkin, Leiter der Abteilung für pathologische Physiologie an der Leningrader schiffsärztlichen Akademie, hat mit seinen Schülern neue Versuche über dieses Verhalten des Organismus angestellt. Er wollte zeigen, wie groß der Einfluß des zentralen Nervensystems auf alle Körperfunktionen ist. Er rief zum Beispiel mit Lewisit bei Katzen ein unschmerzbares Odem hervor und wies nach, daß diese Schwelung unterließ, wenn die Tiere mit Äther narkotisiert wurden. Daraus folgt, daß für das Zustandekommen dieser örtlichen Reaktion eine Verbindung des betreffenden Bezirks mit dem Gehirn notwendig ist. Ersttaunlich ist die Feststellung Galkins, daß Hormone ihre normale Wirkung nicht ausüben, wenn sie während der Narkose in den Körper eingebracht werden. Die Zellen sind dann zur Aufnahme dieser Stoffe nicht imstande, so daß sie wirkungslos in der Blutbahn kreisen. Weitere Versuche zeigten, daß auch das Zyanalkal, eines der stärksten Gifte, die wir kennen, bei Einfluß von Betäubungsmitteln seine Wirkung verliert. Mehrere Katzen wurde Zyanalkal eingespritzt. Während die nichtnarkotisierten Tiere sofort starben, überlebten die narkotisierten Tiere den Versuch. Diejenigen, die nur kurze Zeit betäubt waren, gingen ebenfalls zugrunde. Die Tiere aber, bei denen die Narkose längere Zeit unter-

halten wurde, blieben am Leben. Der Körper konnte in dieser Zeit das Gift vollständig ausscheiden.

Die Untersuchungen gewinnen dadurch Bedeutung, daß auch bei der Applikation von heilenden Medikamenten eine Mitwirkung des Gehirns erforderlich scheint. Man kann aus diesem Arbeitsgebiet der sowjetischen Forscher sicher noch aufschlußreiche Ergebnisse erwarten.

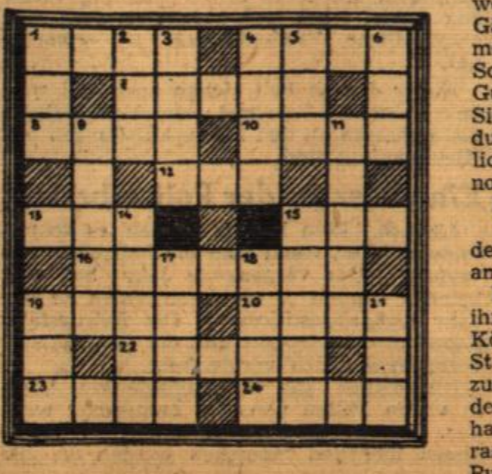
Zum Tode Emil Jannings

Emil Jannings starb im Alter von 63 Jahren. Er gehörte zu jenen deutschen Charakterdarstellern, die in bestimmten Rollen auf der Bühne wie im Film Weiterfolge errangen. Erinnert sei nur an den „Blauen Engel“, der nicht nur der Ausgangspunkt von Marlene Dietrichs Welttrium war, sondern auch seinen Namen über den Erdkreis trug. Seine Laufbahn in Görlitz beginnend, kam er über Bremen, Leipzig, Mainz und Darmstadt zu Max Reinhardt nach Berlin, wo er seine ersten Erfolge feierte. Seine Stärke war das Robuste. Das Sentimentale lag ihm nicht. Auch die Hollywood-Amerikaner, die ihm Empfindsamkeit aufkleben wollten, kamen dahinter, daß sich die lastende und wuchende Art seines Spielens nicht in ihren „Stil“ einfügen ließ. Jannings war ohne Zweifel ein vortrefflicher Schauspieler, aber er zählt nicht zu den großen Sternen der deutschen Bühne wie Kalnz, Moissi und der noch lebende, menschlich und künstlerisch so wertvolle Albert Bassermann, der ihn besonders auch in der Festigkeit seiner Haltung gegenüber dem Hitlerregime hoch überragte. Bassermann beugte sich nicht. Er bewahrte stets sein echtes Künstlertum. Jannings aber spielte wohl Charakterrollen, aber er selbst zeigte keinen politischen Charakter und übernahm Hauptrollen in wüsten Goebbels-Propagandafilmen. Als Schauspieler steht er seinen Leistungen entsprechend neben Winterstein, Kayssler, Ernst Deutsch, Paul Loos und Paul Hartmann.

Unser Kreuzworträtsel

Wagerecht: 1. letzte Ruhestätte, 4. Getreidespeicher, 7. großer russischer Politiker, 8. Ziehmutter, 10. Schwimmvogel, 12. Bodensenke, 13. weibl. Vorname, Kurzfl., 15. was viele Menschen sind, 16. Stadt in Rußland, 19. Sagenheld, 20. buchhalterischer Begriff, 22. europäische Hauptstadt, 23. wohlriechende Blume, 24. gewaltsame Wegnahme.

Senkrecht: 1. Botin der Freija, 2. Viehweide, 3. gepflegtes Land, 4. Deichschleuse, 5. Nebenfluß der Donau, 6. feisches Gedicht, 9. Singvogel, 11. Alpenland, 14. geographisches Kartenwerk, 15. tropisch. Obstbaum, 17. oft gebrauchter unschöner Name für Frau, 18. rechter Nebenfluß der Elbe, 19. Pforte, 21. Anerkennung.



Statistisch erfaßt!

Freiburg. Wer von uns ist — Hand aufs Herz — heute noch nicht statistisch erfaßt? Wer schwirrt mit Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Familienstand, Kinderzahl, besonderen Kennzeichen und anderen Dingen, die nach Auffassung der statistischen Ämter das Wesen des Menschen ausmachen, noch nicht in irgendwelchen Listen? Das neugeborene Kind erfährt man statistisch mit dem Augenblick seiner Geburt und wehe dem Vater, der sich bis dahin noch nicht mit der Mutter über den Vornamen des Sprößlings geeinigt hat — das Kind bleibe ohne Namen, besondere Kennzeichen würde der Statistiker schon finden. Wehe den Eltern, die nach der Geburt entdecken, daß Großmutter einen Vornamen trug, der eigentlich viel besser dem Kind frommen würde, als der Vornamen der Patin. Der ganze statistische Apparat geriete durcheinander und der nachzuzählenden Gebühren sind gar unzählige.

Aber die Sache hat auch eine ernste Seite. Erfaßt doch jetzt das statistische Landesamt Baden, auf Anordnung des Bundesinnenministeriums diejenigen Personen, deren Rechtsverhältnisse noch einer Klärung bedürfen. Ehemalige Berufsbeamte, einschließlich der berufsmäßigen Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht, des RAD, Dauerangehörige im öffentlichen Dienst mit 12 und mehr Dienstjahren sowie die Hochschalempfänger des genannten Personenkreises sollen statistisch erfaßt werden!

Endlich ist für die unentwegten Militärs und ihre Kollegen aus Konstantin Hierls RAD der Tag der — bisher statistischen — Auferstehung angebrochen. Der Bund sieht sich nach geeigneten Kräften um und wird solche sicher auch in Südbaden finden. Geeignete Kräfte! Die Naziperiode, in der so mancher Gelegenheit hatte, seine 12 Jahre herum zu machen, hat bewiesen, für welche aufreibende Tätigkeit die heutigen statistischen Opfer ihre Kraft eingesetzt haben, zum Unglück von Millionen! Leider nicht nur als Statisten! Aber die Zeit ist wieder reif. Trotz Adenauers Dementi wird die Remilitarisierung vorangetrieben, und seien es zunächst nur statistische Vorarbeiten. Seien wir auf der Hut und legen wir deshalb nicht nur den Statistikern und ihren neuesten Opfern, sondern auch den Initiatoren dieser statistischen Maßnahmen möglichst schnell das Handwerk! Damit uns eine statistische Erfassung neuer Millionenopfer eines Krieges einst erspart bleibe!

Die FDJ war auf dem Platzhof

Bericht vom Winter-Schulungslager der FDJ Südbaden

Kandern. Auf dem herrlich gelegenen Platzhof, einer der schönsten Badischen Jugendherbergen, führte die Freie Demokratische Jugend zwischen Weihnachten und Neujahr eine Schulungswoche durch, an der etwa 25 Mädel und Buben aus Südbaden teilnahmen. Viel neues Wissen wurde den Schülern gelehrt und manch harte Nuß in den 9 Tagen, die zu schnell verstrichen, geknackt. Selbstverständlich wurde nicht vergessen, durch Sport und Spiel den Aufenthalt auf der Herberge abwechslungsreich zu gestalten, so daß jeder auf seine Kosten kam.

In Diskussionen, die sich oft viele Stunden hinzogen, wurden auch neben kulturellen Themen, die am Tage behandelt worden waren, über politische Tagesfragen gesprochen. Die Jugendfreunde brachten ihren Willen zum Ausdruck, sich jeder Remilitarisierung zu widersetzen und dem kriegerischen Kurs der Bonner Regierung, der die gegen den Osten gerichteten Kriegspläne der amerikanischen Imperialisten unterstützt, jeglichen Widerstand entgegenzusetzen.

Es geht um die Sicherung des Mitbestimmungsrechts

Der Skandal im Freiburger Fernamt — Zieht die Antreiber zur Rechenschaft!

Freiburg. In unserer Mittwoch-Ausgabe brachten wir unter dem Titel „Muß ausgemerzt werden“ eine Darstellung der neuesten Antreibermethoden im Freiburger Fernsprechanlage. Im Fernamt war ein Anschlag veröffentlicht worden, in dem es u. a. hieß:

„Die Oberpostdirektion hat es dem Fernamt kürzlich zur besonderen Pflicht gemacht, Angestellte, die den Anforderungen nicht genügen, die geistig und willensmäßig zu schwach sind, um gute Durchschnittsleistungen zu erzielen, aus dem Personalkörper auszumerzen.“

Um dieses von der Oberpostdirektion gewünschte Ziel zu erreichen, war eine Zensurierung der Leistungen der einzelnen Beamten eingeführt worden. Die Zensuren — von 1 bis 5 — waren für jede Angestellte und Beamten des Fernamts in dem Anschlag enthalten. Die Nazimethoden der Oberpostdirektion und ihrer willfährigen Beamten stießen auf einen energischen Protest der durch ihren schweren Dienst und die geringen Pausen ohnehin erregten Belegschaft und führten schließlich dazu, daß am Mittwoch die Öffentlichkeit durch „Unser Tag“ von diesem Skandal im Fernamt erfuhr.

Betriebsrat wurde nicht gefragt

Im Laufe der Woche, nachdem weitere Einzelheiten über diese Vorfälle bekannt geworden waren, sprach unser Freiburger Berichterstatter bei verschiedenen Betriebsräten innerhalb der Oberpostdirektion Freiburg vor und erfuhr dabei noch folgende wichtige Tatsachen:

Als die Betriebsratsvorsitzende des Freiburger Fernsprechanlages nach einem dienstfreien Wochenende ins Fernamt kam, wurde sie auf diesen Anschlag aufmerksam. Sie legt Wert auf die Feststellung, daß sie vorher nicht davon unterrichtet worden ist, daß eine solche Veröffentlichung der Leistungskontrolle und des betreffenden Rundschreibens geplant war. Nach einer kurzen Unterredung mit ihren Kolleginnen unternahm sie sofort Schritte bei dem verantwortlichen Dienstvorstand und erreichte, daß der Anschlag entfernt wurde. Damit ist allerdings die Tatsache selbst noch nicht aus der Welt geschafft.

Wo sitzen die Antreiber?

Bevor wir auf die betriebsrechtliche Seite der Angelegenheit eingehen, wollen wir uns kurz mit den für das Schreiben und den Anschlag verantwortlichen Beamten befassen. Wie wir aus gut unterrichteter

Quelle erfahren, trägt für das Schreiben selbst und seine Veröffentlichung, sowie für die ganze Zensurierung vor allem die Oberaufsicht des Fernamts, ein gewisser Leckzahn, ehemaliger Berufsoffizier, die Hauptverantwortung. Daneben spielt eine ebenso traurige Rolle der wahrscheinliche Verfasser des Schreibens, Abteilungsleiter Traub, der sich nicht scheute, ohne Überlegung vielleicht, die provozierenden Anordnungen der Oberpostdirektion schnellstens in der geschilderten Weise auszuführen. Daß der Amtsvorsteher H. das Schreiben unterschrieb, wenn auch nur widerstrebend, beweist nur noch deutlicher, daß manche Beamten noch immer nicht gewohnt sind, gegen den nazistischen Geist der oberen Beamten anzugehen, um die Rechte ihrer eigenen Angestellten vor den Auswüchsen des bestehenden Systems zu schützen.

Bruch der Betriebsvereinbarung

Die Tatsache, daß ohne Wissen und Zustimmung des Betriebsrats ein solches Schreiben veröffentlicht wurde, bedeutet einen neuen Bruch der Betriebsvereinbarung der Post, die im wesentlichen dieselben Bestimmungen, wie das Betriebsratsgesetz, enthält. Es wird bekannt, daß gerade im Fernamt das Recht des Betriebsrats systematisch untergraben wird. So wurden z. B. Entlassungen auf den 31. März 1950 ausgesprochen, ohne die Zustimmung der Betriebsrätin einzuholen. Ja, man ging sogar so

weit, der Betriebsratsvorsitzenden selbst zu kündigen. Wir werden auf diese Entlassungen, die völlig willkürlich und ohne jedes soziale Verständnis vorgenommen wurden, noch zurückkommen.

Das Mitbestimmungsrecht muß erkämpft werden!

Das ist die Lehre, die aus diesem Vorgang gezogen werden muß. Begreiflicherweise haben die Angestellten und Beamten des Fernamts Angst vor den drohenden Entlassungen. Aber sie müssen erkennen, daß die Macht der Oberpostdirektion bereits gebrochen ist, wenn sie mutig und geschlossen hinter ihrer Betriebsratsvorsitzenden stehen und für ihr Recht eintreten. Sie haben ihre Kollegin zur Vertreterin gewählt und müssen endlich erkennen, daß die Betriebsratswahl keine Kinderei war, sondern eine Angelegenheit, von der die Existenz aller Kolleginnen und Kollegen, ihre Urlaubsforderungen, ihr Lohn, ihre Pausengestaltung, kurz ihre gesamten sozialen Rechte abhängig sind. Wenn sie jetzt verstehen, das ihnen bisher vorenthalte Recht der Mitbestimmung durchzusetzen, dann sichern sie sich jede Möglichkeit, mit den Antreibermethoden der OPD endgültig aufzuräumen. Dann werden sie aus dem seit Jahren qualenden Zustand herauskommen. Maschine zu sein, abhängig von den Launen ihres Publikums am anderen Drahtende.

Das geschlossene Auftreten der gesamten Belegschaft, zusammen mit ihren Betriebsräten, mit den Kollegen der anderen Abteilungen und den Kollegen der Orts-gewerkschaft wird die OPD zwingen, ihre Anordnungen zurückzunehmen. Nicht dadurch allein, daß der Anschlag nun im Schreibtisch eines Beamten liegt, sondern dadurch, daß ein neuer Anschlag herausgegeben wird, in dem eindeutig der Inhalt

Käthe Seifried im Freiburger Stadtrat

Werden 120 städt. Angestellte entlassen?

Freiburg. Am Mittwoch wurde in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Genossin Käthe Seifried an Stelle des verstorbenen Gen. Alfred Müller in den Freiburger Stadtrat zu delegieren. Gen. Seifried betonte, daß sie mit allen Kräften versuchen wird, die ihr gestellte Aufgabe gemeinsam mit der Partei und im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu erfüllen und damit dem Vorbild des Gen. Müller nachzustreben.

Vorher hatte Gen. Fels nochmals des verstorbenen Gen. Müller gedacht und über die näheren Umstände, die zu dem plötzlichen Tod des Genossen geführt haben, berichtet. Im Rahmen der Vorstandsitzung wurde bereits über die kurz bevorstehenden Entlassungen bei der Stadt Freiburg gesprochen, wovon etwa 140 städt. Angestellte und Arbeiter betroffen werden sollen. Es wird Aufgabe der Gen. Seifried in enger Verbindung mit einem gleichzeitig gewählten Kommunalausschuß und dem Sekretariat der Partei, diese Entlassungen zu verhin-

dern, oder mit dafür zu sorgen, daß die Betroffenen wieder in Arbeit gebracht werden können, denn Arbeit ist in dem zerstörten Freiburg genug vorhanden.

Im Zusammenhang mit der Resolution des Parteivorstandes vom 23. 12. 49 wurde beschlossen, bereits in der nächsten Woche mit den Mitgliederversammlungen zube-ginnen, in denen die Resolution über die ideologische und politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus stehen wird. Verbunden mit diesen Mitgliederversammlungen wird eine verstärkte Schulungsarbeit der Partei stehen.

Schließlich wurde zu Fragen der Presse Stellung genommen und beschlossen, auch im Jahre 1950 den Verkauf von UNSER TAG durch die Partei auf der Basis des im Oktober gefaßten Beschlusses — jedes Mitglied der Partei verkauft regelmäßig UNSER TAG und sorgt dadurch für die Verbreitung unserer Zeitung — durchzuführen.

6 Millionen Zigaretten - 12 Tonnen Schokolade

internationale Drahtzieher organisieren die Fahrten über die Grüne Grenze — Wer sind die „Großen“?

Lörrach. Im Unterwerfungsverfahren werden seitens der Zollbehörde vor allem Schmuggel und Schmuggelversuch durch Geldduben geahndet, wobei es dann nicht zu einer gerichtlichen Verhandlung kommt. Es ist in der Praxis aber nicht unbedingt so, daß nur die kleinen Fälle mit Geldstrafen belegt werden, sondern es kann sich dabei um ganz erhebliche Summen han-

deln. Das geht dann so ganz im stillen Frieden, so daß die Öffentlichkeit gar nicht Notiz davon nimmt. Oft genug aber werden geringe Zollvergehen vor dem Schöffengericht verhandelt, die genau so gut ein Anrecht darauf hätten, nicht an die große Glocke gehängt zu werden.

Es wäre deshalb viel interessanter, einmal vor dem Schöffengericht jene Leute auf der Anklagebank zu sehen, die nach den großen Geschäften ein kleines Unterwerfungsverfahren gewissermaßen aus der Westentasche bezahlen. Der Zollbehörde wäre zu empfehlen, alle die Fälle, die bei Wertersatz und Zollstrafen etwa 5000 DM überschreiten, unter allen Umständen dem ordentlichen Gericht zu übergeben, die kleinen Sünder aber nur im Unterwerfungsverfahren zu erledigen. Die Kleinen bangen um ihre Groschen, die Großen aber um ihren Ruh, wenn Gefängnisstrafen zu befürchten sind.

Die Öffentlichkeit ist aber sehr daran interessiert, zu wissen, wer eigentlich diese Großen sind. Die Zollbehörde wiederum hat es nicht nötig, sich nachzusehen zu lassen, sie würde mit zweierlei Maß messen.

Ein ganz großer Fall kommt aber nun am 12. Januar vor dem Schöffengericht Lörrach zur Verhandlung. Diesmal ist ein Zollbeamter aus Weil-Otterbach wegen Bestechung und Beihilfe zur Zollhinterziehung angeklagt. Es handelt sich dabei um die „Kleinigkeit“ von 6 Millionen amerikanischen Zigaretten und um über 12 Tonnen Schokolade, die anstatt, wie die Papiere ausweisen im Transitverkehr von Dänemark nach der Schweiz transportiert zu werden, in Frankfurt a. M. hängen blieben, um dort an den Mann gebracht zu werden. Den Mittelsmann für dieses große Geschäft machte ein Spediteur aus Weil a. Rh., der sich ebenfalls vor dem Schöffengericht zu verantworten hat.

Die internationalen Drahtzieher mit dem Sitz in Brüssel sind allerdings nicht greifbar. Der bestochene Zollsekretär hat bei dem Millionengeschäft wenig genug verdient, denn er wurde mit lächerlichen 800 DM abgefunden, wofür er seiner Stellung verlustig gehen wird und außerdem noch eine empfindliche Freiheitsstrafe zu erwarten hat.

Außer diesem Fall stehen noch drei weitere wegen Schmuggel zur Verhandlung, die gemessen an den Riesenschubungen nur Kleinigkeiten sind.

Ein vielsagender Polizeibericht

Lörrach. Man könnte meinen, es kommt immer dicker, wenn man die Polizeiberichte verfolgt. Das vergangene Jahr hat mit beinahe doppelt so viel Diebstählen als das Jahr 1948 abgeschlossen. Die Betrugsfälle haben sich verdoppelt und die Sittlichkeitsverbrechen gleich vervierfacht.

Hinsichtlich der Eigentumsdelikte kann in vielen Fällen von Not gesprochen werden. Die in schlechtesten sozialen Verhältnissen lebenden Menschen werden oft ge-

des ersten Schreibens widerrufen wird. Dann wird auch die Forderung durchgesetzt werden, daß zukünftig in jedem Falle die Betriebsvereinbarung eingehalten wird, und keine Bewertungsmaßnahme, keine Entlassung und Einstellung und keine Maßnahme, die den Dienst im Amt betrifft, ohne Mitwirkung des Betriebsrats getroffen wird. Es ist zu hoffen, daß die Angestellten und Beamten des Freiburger Fernamts aus diesem Anschlag auf ihre ureigenen Rechte lernen und in Zukunft aktiv am Kampf um die Rechte der Werktätigen teilnehmen werden. Erst dann ist ihre Zukunft und ihre Existenz gesichert und kein Antreiber wird mehr wagen, die arbeitenden Menschen in einer solch gemeinen Weise, wie dies jetzt im Fernamt geschah, zu entwürdigen.

Am Dienstag Landtagssitzung

Freiburg. Die 5. Plenarsitzung des badischen Landtags beginnt am Dienstag, 10. Januar um 15 Uhr im Kaufhausaal. In der voraussichtlich vier Tage dauernden Sitzung werden u. a. behandelt:

Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus, der Haushaltplan 1949-50, Badisches Beamten-gesetz. Außerdem stehen folgende Anträge der KPD auf der Tagesordnung: Nachträgliche Anerkennung gleichwertiger Verbindungen, Forderung eines Gesetzentwurfes über die Versorgung der Kriegsoffiziere, sowie eine Anfrage über das Gebiet um die Stadt Kehl.

Aus dem Parteileben

Kreis Bühl. Am Sonntag, den 8. Jan., 8.30 Uhr, findet im „Feldschlösschen“, Achern, die Parteiarbeiterkonferenz des Kreises Bühl statt.

Kreis Offenburg. Am Sonntag, den 15. Januar, vorm. 9 Uhr, findet in Offenburg, Gasthaus „Zur Wiede“, eine Kreispartei-arbeiter-Konferenz statt. Wir bitten unsere Funktionäre der Ortsgruppen und Stützpunkte pünktlich und vollzählig daran teilnehmen zu wollen.

Im Anschluß daran findet nachmittags um 14.30 Uhr eine LLL-Gedenkfahrt, ebenfalls im Gasthaus „Zur Wiede“ Hauptstr. 115, statt.

Kreis Wolfach: Sonntag, 8. 1. 50, Kreiskonferenz in Zell-Hammersbach, Gasthaus „Zum Bären“, 8.30 Uhr.

Lörrach: Kreiskonferenz, Samstag, 7. 1. 50, 14 Uhr, im Kreisbüro der KP Lörrach.

Kreis Singen. Am Sonntag, dem 8. 1., früh 8.30 Uhr Kreismitgliederversammlung. Es spricht Gen. Eckert. Thema: Politischer Rückblick und Ausblick und unsere Aufgaben im beginnenden Jahr. Lokal: Gasthof Burghof.

Rielasingen. Am Samstag, dem 7. 1., Mitgliederversammlung um 20 Uhr im Restaurant Roseneck. Referent: Gen. Wohlrad.

Konstanz. Sondermitgliederversammlung, Samstag, 7. 1. 50 Referent: Erwin Eckert

Meersburg. Sondermitgliederversammlung des Kreises Ueberlingen, Sonntag, 8. 1. 50, 15 Uhr im Gasthaus „Zum Anker“, Referent: Erwin Eckert.

UMSCHAU IM LANDE

Am Dienstag, den 10. 1. 1950 in Gaggenau (Gambriunshalle),
Am Mittwoch, den 11. 1. 1950 in Gernsbach (Aula Realschule), jeweils um 20 Uhr. Die Lichtbilder stellen Farbaufnahmen nach Oelbildern und Aquarellen dar, die der Künstler Mathéy während seines zwölfjährigen Aufenthalts in Griechenland gemalt hat.

Müllabfuhr in Freiburg
Der Stadt. Fuhrpark teilt mit: Wenn wegen eines Feiertages die Müllabfuhr ausfällt, erfolgt die Müllabfuhr am nächsten geregelten Abholtag.

Die städt. Bühnen Freiburg am Wochenende
Im Großen Haus der städt. Bühnen findet am Samstag, 7. Januar, die erste Wiederholung von Mozarts neu inszenierter Oper „Die Entführung aus dem Serail“ in der Premierenbesetzung statt. (Samstag — Miete A). Die Sonntag-Vorstellung mit der 3. „Meister-singer“-Aufführung beginnt um 17 Uhr (Sonntag — Miete A).
Das Théâtre des Mathurins, Paris, gibt am

Montag, 9. Januar, im Großen Haus ein einmaliges Gastspiel. Aufgeführt wird Molleres Meisterkomödie Tartuffe. Inszenierung und Titelrolle: Jean Marchat.

Im Kammertheaterhaus wird für die Mitglieder der Samstag-Miete B um 20 Uhr der Schwank „Hurra, ein Junge!“ gespielt. Am Sonntagabend gastiert die „Bühne Köln“ mit Claudels Schauspiel „Der Tausch“. Sowohl am Samstag, als auch am Sonntag nachmittag wird das Märchenspiel „Dornröschen“ wiederholt.

Schwarzwaldverein Freiburg
Sonntag, 8. Januar 1950. Nachmittags-wanderung Zähringen — Gundelfingen — Vorderthal und zurück. Treffpunkt 14 Uhr Endhaltestelle Straßenbahn Zähringen. Gehzeit: 3 Stunden. Führung: N. Schmidt, Birkenstock.
Am gleichen Tage: Skiwanderung im Schauinslandgebiet (auch für Anfänger). Treffpunkt 9 Uhr Talstation Schauinslandbahn. Besuch der Hofgrunder Vereinsstätte. Führung: Schaaß-Görig.

Generalversammlung
Villingen, Der Katzenmusikverein „Miau“, Villingen ladet seine Mitglieder zur General-versammlung am Samstag, 7. Januar, abends 8 Uhr, in das „Jägerhaus“ ein.

Orthopädischer Sprechtag in Stockach
Für die Kriegs- und Fliegergeschädigten des Kreises Stockach wird der nächste orthopädische Sprechtag von der orthopädischen Versorgungsstelle Freiburg i. Br. am Freitag, den 20. Januar 1950 im Gasthaus „zum grünen Baum“ beim Bahnübergang, ab 9 Uhr in Meßkirch abgehalten.

Wo geh ich ins Kino
Konstanz. Capitol: „Hafenmelodie“, ein Film eines Tengel-Tangel-Milieu im Welt-hafen. Gloria: Auf echt amerikanisch die Gangsterwelt in „Schmuggler von Salgon“. Scala: Für die Freunde des Walzers: „Heut spielt der Strauß“.
Radolfzell. „Das Siegel Gottes“, ein religiö-ser Film aus Steiermark nach Motiven von Peter Rosegger.

„Rembrandt“ im Gloria-Konstanz
Im Rahmen besonderer Veranstaltungen mit Kulturfilmen bringt „Gloria“ am Samstag, 22. und Sonntag, 11. Uhr, die Wieder-aufführung des Steinhoff-Films „Rem-brandt“, der eine eindringliche Darstellung des Lebens dieses großen Malers zeigt.

22.20 Uhr: Der Interzonen-Express, 23 Uhr: Außenpolitische Wochenübersicht.

Radio Leipzig
7 Uhr: Nachrichten, 8.15 Uhr: „Landing in Australien“, 15.40 Uhr: Jugendfunk, 16 Uhr: Ein bunter Nachmittag, 19.30 Uhr: Nachrichten, 20 Uhr: Unterhaltungsabend, 22 Uhr: Nachrichten, Sendung für Westdeutschland.

und am Sonntag ...
Deutschland-Sender
8.15 Uhr: Evangel. Morgenfeier, 10 Uhr: Nachrichten, 13.15 Uhr: Aus der UdSSR, 14 Uhr: Der Deutschlandsender unterhält sich mit seinen Hörern, 17.35 Uhr: Bunter Nachmittags, 18.40 Uhr: Die Wahrheit über Amerika, 19.03 Nachrichten.

Radio Leipzig
8.15 Uhr: Singende Jugend, 8.40 Uhr: Lyrik unserer Zeit, 12.20 Uhr: Volksmusik, 13 Uhr: Kommentar, 14.30 Uhr: Zwei Kapitane, 16 Uhr: Wir tanzen, 18.40 Uhr: Die Wahrheit über Amerika, 19 Uhr: Große Meister, 22 Uhr: Nachrichten, Für Westdeutschland.

Südwestfunk
9.15 Uhr: Das Unvergängliche, 11 Uhr: Musik am Sonntagvormittag, 13.30 Uhr: Musik nach Tisch, 14.15 Uhr: Frohe Melodien, 15 Uhr: Kinderfunk, 15.30 Uhr: Jedem das Seine, 17 Uhr: Orchesterkonzert, 18.30 Uhr: Wolfgang Amadeus Mozart, 22.30 Uhr: Sport.

Der Sport am Wochenende

Südliga
Da der Tabellenführer Singen spielfrei ist, hat Reutlingen die Möglichkeit, mit ihm punktgleich zu werden. Ob Reutlingen aber den dazu nötigen Sieg in Lahr erringen wird, ist aber bei der Spielstärke Lahr, die erst ein Spiel auf eigenem Platz gegen Singen verloren haben, durchaus nicht sicher. Tübingen hat da schon bessere Aussichten, durch einen Sieg in in Villingen bis zum 2. Platz vorzustoßen. Konstanz wird sich auf seinem 4. Platz durch einen Sieg über Trossingen behaupten können, während Rastatt in Ebingen kaum zu beiden Punkten kommen dürfte. Bei den Spielen Friedrichshafen — Schwenningen und Kuppenheim — Hechingen sind Siege der Platzvereine zu erwarten.

Wir hören heute ...

Samstag, 7. Januar
Deutschland-Sender
7 Uhr: Nachrichten, 15 Uhr: Kinderfunk, 15.20 Uhr: Musik für die Jugend, 15.40 Uhr: Korrespondenten berichten aus Deutschland, 18.30 Uhr: Ein Sechstel der Erde, 19.00 Uhr: Nachrichten, 19.20 Uhr: „Mozart und Salieri“, 20.10 Uhr: Im Walzerrausch, 21 Uhr: Für Westdeutschland, 22 Uhr: Nachrichten.

Selbstmord
Weil a. Rh. In den Nachmittagsstunden des 1. Januar nahm sich ein 22 Jahre alter lediger Mann in der elterlichen Wohnung durch Einatmen von Leuchtgas das Leben. Als Motiv zur Tat soll Liebeskummer in Frage kommen.

Brand
Haltingen. Im Hoch- und Tiefbauunter-nehmen der Firma Schumacher brach in der Nacht vom Montag auf Dienstag ein Brand aus. Es wurde Großalarm gegeben, da ein Uebergreifen auf wichtige Teile des Werkes zu befürchten war. Den Wehren von Haltingen, Oettingen, Lörrach, Weil a. Rh. und der Bahnfeuerwehr gelang es, den Brand auf die Ausbruchsstelle der Modellschneiderei zu lokalisieren und bis 2 Uhr nachts zu löschen. Der Schaden soll sich auf etwa 50 000 DM belaufen. Die Brand-ursache ist unbekannt.

Maul- und Klauenuche bei Freiburg ausgebrochen

Freiburg. In einem Gehöft der Gemeinde Kappel, im Landkreis Freiburg, ist die Maul- und Klauenuche ausgebrochen. Wie die Veterinärabteilung des badischen Land-wirtschaftsministeriums am Donnerstag mitteilt sind bis jetzt drei Kühe, zwei Schweine, zwei Ziegen und einige Ferkel erkrankt.

Offener Brief

an
Der Bunte Töpferladen
Inh. Siegfried Lösch
Freiburg i. Br.
Eisenbahnstraße 48

Werter Herr Lösch!
Trotz der vielen Steuern und Abgaben, die Sie in Ihrem Neujahrsglückwunsch in „Unser Tag“ vom 31. 12. 49 aufzuführen, können Sie sich in Freiburg glücklich fühlen, denn wir hier in Waldkirch zahlen außer den von Ihnen angeführten Abgaben dazu noch

eine Feuerschutzabgabe und eine Gebühr für Rattenvertilgung. Aber trotzdem macht uns das Arbeiten Spaß, und wir freuen uns über jeden Auftrag.

Mit freundlichem Gruß



NS. Wir sind motorisiert, kommen auch auswärts

Erfolgreiche Werbung
in **UNSER TAG**

ZENTRAL-THEATER

Freiburg im Breisgau, Schiffstraße 9

Ab Freitag, 6. I. bis Donnerstag, 12. I. 1950

Der preisgekürzte Spitzenfilm des Jahres 1949 ist ein Filmerebnis, das man nie vergißt

„Schweigende Lippen“

Jane Wyman - Lew Aywes
Charles Bickford - Stephan McNally

Ein ungewöhnlicher Film, der sich durch eine hervorragende lebensechte Darstellung und sensationelle Aufmachung auszeichnet

Neueste Wochenschau - Jugendfrei!

Anfangszeiten:

Täglich: 14,15, 16,30, 18,45 und 21 Uhr

CAPITOL

Bis einschließlich Donnerstag:
Ein neuer deutscher Film,
kriminalistisch durchwoben,
dramatisch, spannend, unterhaltend

Hafenmelodie
Mit Kirsten Heiberg, Paul Henkels, Heinz Engelmann, Wolfgang Lukschy
So.: 14, 15, 18, 20 - Wo.: 15, 17, 30, 29 Uhr

GLORIA

Bis einschließlich Donnerstag:
Ein unerhörter, amerikanischer
Kriminalfilm aus dem Fernen
Osten, mit packenden Sensationen

Schmuggler von Saigon
Alan Ladd (aus „Ketten um Kap Horn“ bekannt), die gefährlich-schöne Veronica Lake spielen
Wo.: 15, 17, 30, 29 - So.: 14, 16, 18, 20 Uhr

SCALA

Bis einschließlich Donnerstag:
Neuaufführung eines Johann-
Strauß-Films mit Michael Bohnen
und Paul Hörbiger

Neut spielt der Strauß
Musikbeschwingte Episoden aus dem Leben des Walzerkönigs, ein Film der guten Laune!
Tägl.: 14 u. 16, So. nur 14 Uhr, Mo. u. Di. 14, 16, 18, 20, 15 Uhr

Friedrichsbau-Lichtspiele Kandelhof-Lichtspiele

Ab Freitag, 6. bis Montag,
12. Januar 1950

Eine spannend, schillernde
Kaskade, zündende Schlager
und Melodien

Nächte am Nil

mit Sonja Ziemann, Wolfgang
Lukschy

Anfangszeiten:

Friedrichsbau: Freitag, Dienstag,
Mittwoch und Donnerstag,
14.30, 16.30 u. 18.30 Uhr.
Samstag: 14 und 18 Uhr
Sonntag: 10.30 und 12.30 Uhr
Montag: 14.30, 16.30, 18.30 und
20.45 Uhr

Kandelhof: Tägl. 14.30, 16.30,
18.45 und 20.45 Uhr.



Harmonie-Lichtspiele

Freitag, 6. bis 12. Januar 1950
wieder ein Weiterfolg in
Erstaufführung

Marlene Dietrich als Halbweil-
Chansonette wie sie liebt und
lebt, noch toller, verführerischer
und reizvoller als je in

„Das Haus der sieben Sünden“

Ein Abenteuerfilm aus der Südsee,
spannend, packend, mitreißend.
Es geht toll her in diesem
Haus der sieben Sünden. Menschen
leiber wirbeln durch die Luft und
bleiben an Kronleuchtern hängen.

Das Publikum lacht, schreit
u. brüllt vor Vergnügen. Mit
John Wayne, Oskar Homolka,
Mischa Auer
Musik: Friedrich Holländer
in deutscher Sprache

Neueste Wochenschau

Anfangszeiten: Tägl. 14,15, 16,30,
18,45 u. 21,00 Uhr
Sonntag auch vorm. 10,00 Uhr
Vorverkauf: Tägl. v. 10-12 Uhr
Freikarten
Freitag bis Sonntag ungültig

Union-Theater

Freitag, 6. bis 12. Januar 1950
Der Film von dem die Welt
spricht!

Conrad Veidt und Sabu in

„Der Dieb von Bagdad“

Ein Farbfilm von den Geheimnissen,
Abenteuern, Wundern und
Sensationen aus 1001 Nacht
„Ein kleines Weltwunder
unserer Tage“

Fox tönende Wochenschau

Jugendfrei

Anfangszeiten: Tägl. 14,15, 16,30, 18,45 und
21,00 Uhr
Vorverkauf: Täglich ab 13 Uhr
(Freikarten
Freitag bis Sonntag ungültig)

Zum neuen Jahre neue Einkaufsvorteile!

Bitte überzeugen Sie sich selbst

Scheuertuch
kräftige, dauerhafte Qualität,
gut trocknend.
Größe 50x60 cm.
Sehr niedriger Preis!
Stück DM **-48**

Geschirrtuch
gute Baumwollware, stark und
strapazierfähig, rot
kariert.
Denkbar vorteilhaft!
Stück DM **-78**

Schürzenstoff
baumwollene, starke Qualität,
dicht gewoben, sehr
schönes Muster.
80 cm breit.
Meter DM **1.95**

**Ungebleichter
Baumwollstoff**
extra breit, rohweiß, für viele
Zwecke verwendbar, wird im
Waschen noch dichter
und schöner.
160 cm breit.
Meter DM **3.20**

**Farbiger
Pyjama-Flanell**
aus gezwirnten Baumwollgarnen,
besonders stark, beiderseits ge-
raut, schön gestreift.
75 cm breit.
Sehr günstig!
Meter DM **2.45**

Damen-Trägerschürze
solide Baumwoll-Qualität, schön
gemustert, sorgfältige
Näharbeit.
Überaus vorteilhaft!
Stück DM **4.40**

Damenschlüpfer
Kunstseide plattiert, aus guten
Garnen, solide, empfehlenswerte
Qualität.
Größe 42-44.
Stück DM **2.75**

Damen-Trikothemd
Vollschleife, solid und dauer-
haft, angenehm im
Tragen.
Größe 42-44.
Stück DM **2.50**

Schlafdecke
kamelhaarfarbig mit Streifen-
Bordüre, gute Ge-
brauchsdecke.
Größe 140x190 cm.
Stück DM **7.18**

Männer-Arbeitschase
bestbewährte Qualität, praktisch
und strapazierfähig, gut wasch-
bar, beliebtes Fisch-
gratmuster. Normale
Größen.
Stück DM **9.75**

Textil-Manufaktur Haagen

Wilhelm Schöpflin

Resi-Lichtspiele Rastatt

Wir zeigen den großen Kriminalfilm

Affaire Blum

mit Paul Bildl, Hans Ch. Blech, Elandine
Ehinger, Karin Evans, Kurt Ehrhardt.
Ein erschütternder Fall aus den Gesichts-
akten des Lebens.
Fr. 16 u. 18,30 Uhr. So. 18,30, So.: 16 u.
18,30 Uhr, Mo.: 20,30 Uhr.

Die 19,30, Mi. u. Do. 20,30 Uhr:
Ein Wildwestfilm

Das Teufelspferd

Luftgewehre
sind jetzt wieder frei

Fallen

für Fuchs, Mar-
der, Spätn, usw.
Lockmittel
Glätte, Preisliste
anfordern, es lohnt.

E. Kieferle, Randegg 216/Baden

Mardefelle

für Export ge-
sucht, zahle hohen Preis, Geld so-
fort oder auf Wunsch erst Höchst-
schrot. Nehme die Tiere im Fleisch
zum gleichen Preis u. vergüte Porto.
Zusendung p. Postpaket erwünscht.

Wie werde ich Detektiv?
Fernlehrgang der Detektivpraxis!
25 Lehrbriefe
DM 50.-
Auf Wunsch Ratenzahlung!
Institut Schöllen, Ludwigsburg
Schleiflach 58

think RICHTERTEE, Du wirst zu eund!
ER MACHT DICH SCHLANK, FRISCH UND GESUND!

Halbtags-Schreibkraft

mit guten Steno- und Schreibmaschinenkenntnissen,
durchschnittlicher Allgemeinbildung, an selbständige Ar-
beit gewöhnt, sucht die Redaktion „Unser Tag“, Frei-
burg i. B., Vaubanstraße 12 (gegenüber Hauptbahnhof).
Vorstellen zwischen 10 und 12 Uhr vormittags.

Bekanntmachung der Stadt Offenburg

Ab 1. Januar 1950 erfolgt die Treibstoffzuteilung monatlich.
Die Treibstoffmarken verfallen jeweils am Monatsende.

Die Ausgabe der Treibstoffe für alle kontingentierte Be-
darfsträger des Kreises Offenburg erfolgt ab 2. Januar 1950
im Landratsamt, Zimmer 42, in nachstehender Reihenfolge:

Buchstaben	A-BI	2. Januar 1950
Bo-C	3.	" "
D, E, F	4.	" "
G-He	5.	" "
Hi-J	6.	" "
K	7.	" "
L-M	8.	" "
N, O, P, Qu, R	9.	" "
S-Sch	10.	" "
St, T, U, V	11.	" "
W	12.	" "
X	13.	" "
Z	14.	" "

Vom 16. bis 21. Januar 1950 für Nachzügler. Nach dem
21. Januar werden keine Kontingente mehr ausgegeben. Die
Einhaltung der Reihenfolge ist unbedingt erforderlich.

Landratsamt Offenburg, Abt. Verk. Abt. / F

Bekanntmachung der Stadt Freiburg

Statistische Erfassung ehemaliger Berufsbeamter und berufs-
mäßiger Angehöriger der ehemaligen Wehrmacht u. des RAD

Nach einem Erlaß des Bundesinnenministeriums sollen so-
fort diejenigen Personen statistisch erfaßt werden, deren
Rechtsverhältnisse auf Grund des Art. 131 des Grundgesetz-
tes zu regeln sind. Der betroffene Personenkreis umfaßt 1.
ehemalige Berufsbeamte, die bisher nicht oder nicht ihrer
früheren Stellung entsprechend verwendet werden; 2. berufs-
mäßige Angehörige der ehemaligen Wehrmacht einschließ-
lich der Wehrmachtbeamten; 3. berufsmäßige Ange-
hörige des ehemaligen RAD; 4. ehemalige Dauerangestellte
im öffentlichen Dienst mit zwölf oder mehr Dienstjahren;
5. Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene des genannten
Personenkreises. - Die vorgenannten Personen werden aufge-
fordert, sich beim Bürgermeisteramt ihres Aufenthalts-
ortes zu melden, wo sie weitere Auskunft über die genaue
Abgrenzung des zu erfassenden Personenkreises erhalten
und ihnen eine Zählkarte zur Angabe ihrer Personalien aus-
gehändigt wird.

Freiburg i. Br., den 4. Januar 1950.

Statistisches Landesamt Baden

Bekanntmachung der Stadt Rastatt

Feldweganlagen in den Gewannen: Herren-
wies und Eitergrund; Gemarkung Wald-
prechtsweier. I. Unternehmen.

Der von dem Bad. Ministerium der Finanzen - Baudirek-
tion - Abteilung Landesvermessung als Obere Umlegungs-
behörde geprüfte Entwurf über das obige Unternehmen
nebst Anlage liegt in der Zeit vom

3. bis 17. Januar 1950

auf dem Rathaus in Waldprechtsweier zur Einsicht der Be-
teiligten auf.

Gemäß § 30, Abs. 1 des Feldbereinigungsgesetzes vom
27. 3. 1931 wird die Schlußtagfahrt anberaumt auf

Donnerstag, den 2. Februar 1950, nachmittags 12.30 Uhr,
im Rathaus in Waldprechtsweier, woselbst Einwendungen
oder Beschwerden der Eigentümer oder sonstiger Berechtig-
ten bei Ausschlussvermeidung vor dem Ausschuss vorzubringen
sind.

Landratsamt - IIIa - Rastatt

Bekanntmachung der Stadt Rastatt

Feldbereinigung - Feldweganlage auf Ge-
markung Forbach. IV. Unternehmen.

Der von dem Bad. Ministerium der Finanzen - Bau-
direktion - Abt. Landesvermessung als Obere Umlegungs-
behörde geprüfte Entwurf über das obige Unternehmen
nebst Anlage liegt in der Zeit vom

5. bis 19. Januar 1950

auf dem Rathaus in Forbach zur Einsicht der Beteiligten auf.

Gemäß § 30, Abs. 1 des Feldbereinigungsgesetzes vom 27. 3.
1931 wird die Schlußtagfahrt anberaumt auf

Dienstag, den 14. Februar 1950, nachmittags 12.30 Uhr
im Rathaus in Forbach, woselbst Einwendungen oder Be-
schwerden der Eigentümer oder sonstiger Berechtigten bei
Ausschlussvermeidung vor dem Ausschuss vorzubringen sind.

Landratsamt - IIIa - Rastatt

Unsere Leser kaufen bei unseren Inserenten!

Die ideologisch-politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus

Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD. vom 28.-30. 12. 1949

I.

Die Verstärkung der ideologischen Erziehung der Partei und der Kampf gegen die feindliche Tätigkeit und die feindlichen Einflüsse in der Partei

„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.“

„Die Rolle des Vorkämpfers kann nur eine Partei erfüllen, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird.“

(Lenin: „Was tun?“, Ausgabe 1946, S. 51/52.)

„Die Theorie ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, in ihrer allgemeinen Form gewonnen. Natürlich wird die Theorie gegenstandslos, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft wird, genau so wie die Praxis blind wird, wenn sie ihren Weg nicht durch die revolutionäre Theorie beleuchtet.“

(Stalin: „Fragen des Leninismus“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947, S. 24.)

In der Resolution der 13. Tagung des Parteivorstandes über die Lehren der Wahlen vom 14. 8. 1949 wurde bei der Analyse der Ursachen des Mißerfolges bei den Wahlen als einer der entscheidenden Gründe dieses Mißerfolges das niedrige ideologische Niveau einer Reihe von Parteieinheiten und eines erheblichen Teiles der Parteimitglieder festgestellt.

In dieser Resolution heißt es:

„Eine der entscheidenden Schwächen unserer Partei besteht darin, daß sie den Fragen der ideologischen Erziehung und Schulung der Parteimitglieder zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Sie vernachlässigt die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere das Studium der Geschichte der siegreichen kommunistischen Partei der Sowjetunion. Sie zog keine genügenden praktischen Schlussfolgerungen aus der Resolution des Parteivorstandes über die Lehren der Entartung der Tito-Cligue. Sie berücksichtigte in ihrer praktischen Politik ungenügend die Lehren der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere die der Weimarer Zeit.“

(Broschüre: „Der Kampf um die marxistisch-leninistische Festigung unserer Partei“, S. 46. Herausgeber: Parteivorstand der KPD.)

Mehr Verantwortungsbewußtsein

So war es möglich, daß z. B. in der Landesleitung Rheinland-Pfalz längere Zeit der Tito-Agent Müller sein Unwesen treiben konnte, indem er in Verbindung mit imperialistischen Geheimdiensten parteifeindliche Zersetzungs- und Spionagegruppen organisierte. Nach seinem Ausschluss aus der Partei solidarisierte sich Müller offen mit Bucharin, Solowjew, Tito, Rajk und ihresgleichen und führte offen eine Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion und gegen die KPD.

So war es möglich, daß in der Landesleitung Bayern ein Agent Titos, Fischer, seine Funktion in der Partei auszunutzen konnte, um in unteren Parteieinheiten und sogar in Funktärkonferenzen seine zersetzende Tätigkeit auszuüben.

Sorglosigkeit und ungenügende Wachsamkeit des ganzen Sekretariats des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen führten dazu, daß selbst ein Sekretariatsmitglied Verbindungen zu parteifeindlichen Elementen bis in die letzte Zeit aufrechterhielt und diese der Partei verschwieg.

Genosse Hugo Paul wurde davon durch ein Sekretariatsmitglied und einen Kreissekretär informiert. Er ignorierte diese Hinweise, verhielt sich duldend und erkannte nicht diese Gefahrenquelle im Sekretariat.

Bereits die 13. Tagung des Parteivorstandes wies den Landesvorstand Nordrhein-Westfalen auf eine Reihe von Beispielen ersten Versagens und Widerstandes im ideologisch-politischen Kampf hin. (Herausgabe eines Schulungsmaterials, das dem Titismus Unterstützung leiht, später: Ablehnung jeder ernsthaften selbstkritischen Stellungnahme zu diesem Fehler durch das Sekretariat und durch die Verfasser des Materials vor der Mitgliederversammlung, „Objektivismus“, Negierung einer marxistisch-leninistischen Kritik der eigenen

Diese ideologischen Schwächen der Partei kamen in der Vergangenheit ungenügend beachtet, daß der Kampf an der theoretisch-ideologischen Front ein untrennbarer Bestandteil des Klassenkampfes ist. Daraus ist zu erklären, daß, obwohl der Parteivorstand der KPD auf seiner 6. Tagung im Oktober 1948 in einer Resolution die richtigen Lehren aus der Resolution des Informations-Büros „Ueber die Lage in der KP Jugoslawiens“ zog, er den Kampf um die Verwirklichung der Lehren dieser Resolution in der eigenen Partei nicht energisch und beharrlich führte.

Die KPD hat einschließlich des Parteivorstandes in der Vergangenheit ungenügend beachtet, daß der Kampf an der theoretisch-ideologischen Front ein untrennbarer Bestandteil des Klassenkampfes ist. Daraus ist zu erklären, daß, obwohl der Parteivorstand der KPD auf seiner 6. Tagung im Oktober 1948 in einer Resolution die richtigen Lehren aus der Resolution des Informations-Büros „Ueber die Lage in der KP Jugoslawiens“ zog, er den Kampf um die Verwirklichung der Lehren dieser Resolution in der eigenen Partei nicht energisch und beharrlich führte.

Der Parteivorstand macht in diesem Zusammenhang die Gesamtpartei auf die Ergebnisse der November-Beratung 1949 des Informations-Büros der Kommunistischen und Arbeiterparteien aufmerksam. In den Beschlüssen des Informations-Büros wird unterstrichen, daß zur Durchführung der großen Aufgaben des Kampfes um den Frieden, des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit der Völker, der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse die ideologische Festigkeit der Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und der rücksichtslose Kampf gegen alle feindlichen Ideologien unbedingte Voraussetzung ist.

Der ideologische Zustand unserer Partei unterstreicht eindringlich die Bedeutung dieser Feststellung des Informations-Büros für die KPD. Die Tatsachen beweisen, daß die Sorglosigkeit in ideologischen Fragen dazu führte, daß feindliche Elemente innerhalb der Partei ihre aktive Zersetzungsarbeit durchführen konnten. Es ist ihnen gelungen, in eine Anzahl von Parteieinheiten, sogar in Landesleitungen, einzudringen und die Partei an der erfolgreichen Lösung ihrer Aufgaben zu hindern. Dies wurde nur möglich durch die Unterschätzung der großen Gefahr der feindlichen Einwirkungen auf die Partei und durch das Fehlen der Wachsamkeit in der gesamten Partei. Dafür sind alle Organe der Partei, einschließlich des Parteivorstandes, verantwortlich.

Fehler, Ignorierung des Beschlusses der 13. Tagung des Parteivorstandes über die Schaffung einer politisch einheitlichen, kollektiven Führung in Nordrhein-Westfalen).

Im Sekretariat des Landesvorstandes Hessen zeigt sich bei einigen Genossen deutlich das Fehlen der proletarischen Ideologie. Seit 1945 bereits wurde durch das Landessekretariat in Hessen eine Politik betrieben, in der auch feindliche Einflüsse eine Rolle spielten. Dadurch war es dem Gegner möglich, seine zersetzenden Einflüsse in der Partei zur Geltung zu bringen. In Hessen, insbesondere in Frankfurt a.M., wird den Bemühungen zur politisch-ideologischen Festigung der Partei größter Widerstand entgegen gesetzt. Dieser Widerstand und das Unverständnis reichen bis in das Sekretariat des Landesvorstandes. Ausdruck dessen sind: das Entstehen von Gruppierungen, das Auftreten der Genossin Eva Steinschneider, das im Einvernehmen mit Mitgliedern des Sekretariats des Landesvorstandes erfolgte, das Auftreten gegen Beschlüsse des Parteivorstandes durch einige Sekretariatsmitglieder des Landesvorstandes.

In Schleswig-Holstein konnten lange Zeit trotzkistisch-brandleristische Gruppen ihr Unwesen in der Partei treiben. Das Sekretariat des Landesvorstandes und die Chefredaktion des „Norddeutschen Echo“ standen diesen Gruppen bild und duldend gegenüber und vertraten die Meinung, daß es im Lande keine parteifeindlichen Agenturen gäbe. Erst nach Veröffentlichung des Artikels des Sekretariats des Parteivorstandes „Kampf der Sorglosigkeit in Fragen der Ideologie“ wurde in der Redaktion des „Norddeutschen Echo“ die parteifeindliche Gruppe, unter Führung des stellvertretenden Chefredakteurs, zerschlagen und im Kreise Kiel die brandle-

ristisch-trotzkistische Gruppe unter Führung des Kreisvorsitzenden Latzke entlarvt und aus der Partei entfernt.

Die Furcht vor der Selbstkritik im Landessekretariat Württemberg-Baden und das bisherige Versagen des Landessekretariats im Kampf um die marxistisch-leninistische Festigung der Partei haben ihre tiefe Ursache in dem jahrelangen Zulassen von Schwankungen in einem Grundprinzip der marxistisch-leninistischen Partei: dem demokratischen Zentralismus, der erfordert, daß die Beschlüsse der zentralen Parteileitung für die gesamte Partei bindend und von ihr durchzuführen sind.

Infolge von Blindheit gegenüber den eigenen Fehlern, Duldsamkeit gegenüber parteifeindlichen Einflüssen und politisch kurzsichtiger Ueberheblichkeit ist man in Württemberg-Baden in vielen Fällen dem offenen Kampf gegen die Parteifeinde ausgewichen. Deshalb konnte sogar das Sekretariatsmitglied des Landesvorstandes, der Kreisvorsitzende von Stuttgart, die Gefahr der brandleristischen Zersetzungsarbeit bagatellisieren.

Der notorische Parteifeind und Geschäftsmacher Böpple konnte jahrelang durch das duldende, versöhnliche Verhalten der Landesvorstandsmitglieder Grimm, Langendorf und Salm (Mannheim) in der Partei seine parteifeindliche Plattform entwickeln. Selbst nach dem Ausscheiden Böpples aus der Partei, wurde dieses Verhalten ihm gegenüber und gegenüber dem jetzt als direkter Brandleragent entlarvten Riehm fortgesetzt.

Infolge der ersten politischen Unterschätzung der Bedeutung des Kampfes um die marxistisch-leninistische Festigung der Partei beschränkt sich der Landesvorstand Niedersachsen im wesentlichen auf rein administrativ-organisatorische Maßnahmen gegen die Parteifeinde und geht dem ideologischen Kampf gegen feindliche Elemente in der Partei und in der Presse aus dem Wege. (Fall Wald, Hubert, Wiesener, Gehrke, Fall Peine).

Man fürchtet sich im Landesvorstand vor Kritik und Selbstkritik und unternimmt den Versuch, durch Herumdiskutieren an einzelnen Formulierungen der Resolution der 13. Tagung des Parteivorstandes und andere Beschlüsse zu revidieren, statt diese entschieden durchzuführen.

In der Parteiorganisation im Saargebiet zeigt sich, daß der Klassenfeind auch mit den Mitteln der Organisation „persönlicher Differenzen“ arbeitet, um sein politisches Ziel, die Lähmung und Zersetzung der Partei, zu erreichen.

Der parteifeindliche politische Charakter dieser „Persönlichen Differenzen“ wurde vom Sekretariat des Landesvorstandes Saargebiet bis in die jüngste Zeit hinein nicht erkannt.

In Hamburg konnte lange Zeit eine parteifeindliche fraktionelle Gruppe innerhalb des Landesvorstandes arbeiten, welche die Politik der Partei bewußt sabotierte und die

richtigen Beschlüsse des Landesparteitages zur Schaffung einer engen Kampfgenossenschaft mit den sozialdemokratischen Arbeitern verfälschte.

Der Kampf gegen diese Gruppe erfolgte bisher fast nur auf organisatorischem Wege, ohne daß der ideologische Kampf in der Partei in Hamburg genügend geführt wurde. Deshalb zeigte sich auch bei den Bürgerchaftswahlen in Hamburg starke ideologische Verwirrung bis in die Reihen des Sekretariats des Landesvorstandes (eine teils rechtsopportunistische, teils „links“-sektiererische Verzerrung unserer Politik zur Herstellung der Kampfeinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern).

Ein Mitglied der früheren fraktionellen Gruppe, das bei der Fälschung der Beschlüsse des Landesparteitages keine untergeordnete Rolle spielte, Walter Möller, konnte die Auffassung propagieren, daß man ohne Stärkung der KPD und ohne Herstellung der Aktions-einheit der Arbeiterklasse die Reaktion schlagen könne. Das Sekretariat des Landesvorstandes und die Redaktion der „Hamburger Volkszeitung“ kämpften ungenügend gegen diese Auffassungen und paßten sich teilweise den Auffassungen Walter Möllers an.

Im Sekretariat und Landesvorstand Württemberg-Hohenzollern zeigte sich Furcht vor einer gründlichen kritischen und selbstkritischen Einschätzung der Lage der Partei. Deshalb geht man auch einer ernsthaften ideologischen Auseinandersetzung aus dem Wege. Gegen parteifeindliche Auffassungen und gegen parteischädliches Auftreten einzelner Genossen wird die Parteimitgliederschaft nicht mobilisiert.

Auch in Bremen und Südbaden gibt es Tatsachen, die zeigen, daß der ideologischen Auseinandersetzung ausgewichen wird.

Es gibt viele Beispiele dafür, daß Parteimitglieder und Funktionäre den entsprechenden Parteileitungen bereits warnende Mitteilungen über die Tätigkeit der verschiedenen feindlichen Agenturen und Agenten gaben. Nur infolge des Fehlens der politischen Wachsamkeit, infolge der Duldsamkeit und Sorglosigkeit der Parteileitungen ist zu erklären, daß solche Verräter wie Fischer, Müller u. a. so lange ihr Unwesen in der Partei treiben konnten. Allzu leicht ließ man sich durch ihre scheinrevolutionären Reden und „Treuebekenntnisse“ zur Partei betriegen. Die Duldsamkeit und Sorglosigkeit gegenüber diesen Erzfeinden der Partei, der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, gegenüber den parteifeindlichen Agenten, hatte bereits solche Ausmaße angenommen, daß sogar im Zentralorgan der Partei der Artikel von Belz „Gegen die Ueber-treibung der Gefahr des Titismus in der KPD“ erscheinen konnte. Das war ein Versuch, die Partei in ihrem Kampf gegen die inneren Feinde zu demobilisieren. Die Beschlüsse des Sekretariats des Parteivorstandes und die selbstkritische Erklärung des Genossen Walter Fisch haben diese Gefahren klar aufgezeigt.

Lernt aus der Geschichte der KPdSU

Nicht alle Parteimitglieder sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß die titostisch-trotzkistischen Agenten aller Schattierungen keine politische Strömung in den kommunistischen und Arbeiterparteien, also auch keine politische Strömung in der KPD, keine politische Strömung in der Arbeiterbewegung, darstellen. Die titostisch-trotzkistischen Agenten sind Feinde der marxistisch-leninistischen Ideologie, der Ideologie der Arbeiterklasse. Sie sind geheime und offene Agenturen des Imperialismus, die die feindliche Ideologie in die Partei hineinbringen, um sie zu zersetzen und kampfunfähig zu machen.

Die bei vielen Parteimitgliedern bestehende Unklarheit in der Hauptfrage der kommunistischen Ideologie, des Marxismus-Leninismus, der Frage des Verhaltens zur Sowjetunion als dem großen Arbeiter- und Bauernstaat, der Festung des Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung, erleichtert in erheblichem Maße die Tätigkeit der Feinde der Partei, die Tätigkeit der Imperialisten und ihrer Agenten. Das Verhalten zur Sowjetunion ist der Prüfstein für jeden Kommunisten.

Die Festigkeit und die Schlagkraft der Partei werden auch dadurch geschwächt, daß bei vielen Kommunisten keine Klarheit besteht über solche Fragen wie das Verhalten zu den Volksdemokratien, in erster Linie zu dem volksdemokratischen Polen und zur Oder-Neiße-Grenze.

Die Partei wird auch dadurch geschwächt, daß sich viele Kommunisten in solchen Fragen der Politik der KPD wie dem Verhalten zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Politik der Nationalen Front und zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispolitik nicht zurechtfinden.

Das beweist, daß die ideologische Erziehung der Partei, der ideologische Kampf gegen die feindlichen Einflüsse, gegen die feindliche Ideologie jetzt für die Partei die wichtigste Aufgabe, die Voraussetzung für die Festigung

und Weiterentwicklung unserer Partei als Partei des Marxismus-Leninismus und für die erfolgreiche Durchführung ihrer Politik ist.

Es ist die Pflicht aller Parteieinheiten und aller Parteimitglieder, die Partei von der feindlichen Ideologie und deren Trägern zu reinigen. Diese Maßnahmen werden von den Mitgliedern unserer Partei verlangt. Der Ausschluß der Parteifeinde Müller, Fischer usw. aus der Partei wurde begrüßt. Es wurden personelle Veränderungen in einer Reihe von Parteieinheiten durchgeführt. Die Mitglieder der KPD müssen jedoch wissen, daß allein mit organisatorischen Maßnahmen die Ideologie des Klassenfeindes in der Partei nicht zerschlagen werden kann. Die organisatorischen Maßnahmen müssen im Zusammenhang mit einer tiefgehenden ideologischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der Partei stehen. Man muß eine breite ideologische Aufklärungsarbeit durchführen. Beachten wir den außerordentlich bedeutsamen Hinweis des Genossen Stalin, der bereits im Jahre 1925, als er sich an die deutschen Kommunisten in der Frage des Kampfes gegen die Brandler und Thalheimer wandte, folgendes schrieb:

„Um Trotzki und seine Anhänger zu desavouieren, haben wir, die russischen Bolschewiki, eine sehr intensive prinzipielle Aufklärungskampagne für die Grundlagen des Bolschewismus, gegen die Grundlagen des Trotzkismus entfaltet, obwohl wir, nach der Stärke und dem spezifischen Gewicht des ZK der KPR (B) zu urteilen, ohne diese Kampagne auskommen konnten. War diese Kampagne notwendig? Sie war unbedingt notwendig, denn an ihr erlangen wir Hunderttausende neuer Parteimitglieder (und Nichtmitglieder) im Geiste des Bolschewismus. Es ist äußerst bedauerlich, daß unsere deutschen Genossen nicht die Notwendig-

(Fortsetzung nächste Seite)

keit empfinden, den Repressionen gegen die Opposition durch eine breite prinzipielle Aufklärungskampagne zuvorzukommen oder sie zu ergänzen, womit sie die Sache der Erziehung der Parteimitglieder und Parteikader im Geiste des Bolschewismus erschweren. Brandier und Thalheimer wegzujagen ist nicht schwer — das ist eine

leichte Sache. Doch den Brandierismus zu überwinden, ist eine komplizierte und ernste Angelegenheit, hier kann man mit Maßnahmen allein nur die Sache verderben — hier muß man den Boden tief pflügen und die Köpfe ernsthaft aufklären.“

(Stalin: Gesammelte Werke.)

II.

Zwei Lager — zwei Ideologien

Die Sache der Arbeiterklasse, die Ideologie der Arbeiterklasse siegt

Seit dem Bestehen der Klassen besteht die Trennung der Gesellschaft in Unterdrückter und Unterdrückte. Seitdem — das lehrt uns der Marxismus-Leninismus — findet ein unerbittlicher Klassenkampf statt. Der Marxismus-Leninismus lehrt:

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ (Das heißt genau gesprochen: die schriftlich überlieferte Geschichte.)

(Kommunistisches Manifest, S. 3. Ausgabe 1946, Verlag Neuer Weg.)

Dieser Kampf findet auch seinen Ausdruck und seine Widerspiegelung im Kampf der

einander feindlichen Ideologien der verschiedenen Klassen.

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß im Kapitalismus der Klassenkampf in erster Linie zwischen zwei feindlichen Klassen — der Bourgeoisie und dem Proletariat — geführt wird. Er lehrt uns, daß dieser Klassenkampf sich in der Epoche des Imperialismus, des verfallenden und absterbenden Kapitalismus, in der Zeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus bis zum äußersten verschärft und schließlich zum Siege der Arbeiterklasse führt. Die Arbeiterklasse siegt in diesem Kampfe im Bündnis mit anderen unterdrückten Schichten der Gesellschaft.

III.

Der geschichtliche Sieg der Arbeiterklasse in Rußland — ein Triumph der marxistisch-leninistischen Lehre

Der Sieg der großen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 war der erste gewaltige Triumph der marxistisch-leninistischen Lehre. Durch diesen Sieg wurde der Grundstein zur Existenz des sozialistischen Systems gelegt, eines Systems, in dem die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen für immer beseitigt ist.

Die große sozialistische Oktoberrevolution eröffnete eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit — die Epoche des Kommunismus, die Epoche der klassenlosen Gesellschaft. In dieser Gesellschaft ist der Mensch zum ersten Male wirklich Mensch, frei von jeder Unterdrückung und Ausbeutung. Ist Herr über die gesellschaftliche Entwicklung, Herr über die Natur, kann ungehindert und frei seine schöpferischen Fähigkeiten entfalten.

Die große sozialistische Oktoberrevolution durchbrach die Front des Kapitalismus, riß aus diesem System der Unterdrückung ein Schestel der Erde heraus. Mit dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution entstand neben dem kapitalistischen das sozialistische System in der Welt. Der Sieg der großen sozialistischen Oktoberrevolution machte mit der imperialistischen Alleinherrschaft in der Welt Schluß, verschärfte die allgemeine Krise des Kapitalismus und verurteilte ihn zum endgültigen Untergang.

Mit dem Sieg der Arbeiterklasse in Rußland ist in diesem Land für alle Zeiten die Diktatur der Bourgeoisie beseitigt. Um den Sieg zu behaupten, den Widerstand der Reste der Bourgeoisie zu überwinden, allen Versuchen der Intervention entgegenzutreten, den Sozialismus aufzubauen, errichtete die Arbeiterklasse in Rußland ihre Herrschaft, die Diktatur des Proletariats.

„Die Diktatur des Proletariats ist eine besondere Form des Klassenbündnisses zwischen dem Proletariat, der Avantgarde der Werktätigen und den zahlreichen nicht-proletarischen Schichten der Werktätigen (Kleinbürgertum, Kleinrentner, Bauernschaft, Intelligenz usw.), oder deren Mehrheit, eines Bündnisses gegen das Kapital, eines Bündnisses zum Zwecke des völligen Sturzes des Kapitals, der völligen Unterdrückung des Widerstandes der Bourgeoisie und ihrer Restaurationsversuche, eines Bündnisses zum Zwecke der endgültigen Errichtung und Festigung des Sozialismus.“

(Lenin: Band 24, S. 311, zitiert von Stalin in „Fragen des Leninismus“, Ausgabe 1947, S. 144.)

In seinem Werk „Fragen des Leninismus“ entwickelt Genosse Stalin die marxistisch-leninistische Lehre von der Diktatur des Proletariats und verteidigte diese Lehre gegen alle Angriffe und Verfälschungen durch parteifeindliche Gruppierungen. Stalin unterstrich besonders die Rolle der Bauernschaft bei der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats als eines Klassenbündnisses, in dem das Proletariat die führende Rolle hat. Auch jetzt versuchen die Trotzkiisten-Titoisten aller Schattierungen, diese Grundfrage des Marxismus-Leninismus, die Lehre von der Diktatur des Proletariats zu diffamieren, um den Klasseninhalt des Sowjetstaates — des Staates der Arbeiter und Bauern, des Staates der Werktätigen — zu verfälschen und zu entstellen und um die marxistisch-leninistische Lehre zu diskreditieren. Es ist verständlich, daß es den Imperialisten und ihren Agenten nicht gefällt, daß in Rußland an Stelle der Herrschaft der Bourgeoisie, an Stelle der Diktatur der Kapitalisten und Großgrund-

besitzer, an Stelle der Diktatur einer kleinen Minderheit über die große Masse der werktätigen Bevölkerung, durch den Sieg der Oktoberrevolution die Herrschaft der Arbeiter und Bauern errichtet wurde — die Diktatur des Proletariats — das heißt die Herrschaft der gewaltigen Mehrheit des Volkes über die kleine Minderheit der Ausbeuter und Unterdrücker. Dank der Diktatur der Arbeiterklasse wurden in der Sowjetunion alle Ausbeuter und Unterdrücker beseitigt, die sozialistische Wirtschaft mittels der Planung aufgebaut, die breiteste Demokratie für die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion gesichert (durch die Beseitigung aller Ausbeuter gibt es keine Klassen mehr, die man unterdrücken muß), wurde die Gleichberechtigung der Völker der Sowjetunion geschaffen und gesichert.

Das alles war nicht nur der ökonomische und politische Sieg, das war zugleich der ideologische Sieg der Arbeiterklasse.

Das alles war nur möglich, weil an der Spitze der Arbeiterklasse der UdSSR die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewik) steht, eine Partei neuen Typus, die von der fortschrittlichen Theorie — von der Lehre von Marx - Engels - Lenin - Stalin — geleitet wird.

Am Beispiel der Sowjetunion ist ersichtlich, wie richtig die Theorie des Marxismus-Leninismus ist, wie richtig die Feststellung dieser Lehre ist: indem sich die Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus — vom Joch der Ausbeuter und Unterdrücker — befreit, befreit sie gleichzeitig alle übrigen unterdrückten, werktätigen Schichten der Bevölkerung.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde zu einem mächtigen Staat, der für immer von Unterdrückung und Ausbeutung befreiten Menschen, zu einer Fackel der für ihre Befreiung kämpfenden Menschheit, wurde zur Avantgarde des immer mächtiger werdenden Lagers des Fortschritts, des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Wenn man diesen tiefen Sinn der Oktoberrevolution begreift, wird man das ganze Wesen der Sowjetunion begreifen, als das eines sozialistischen Staates. Dann wird man begreifen, warum die Werktätigen und Unterdrückten in der ganzen Welt, warum alle fortschrittlichen Menschen der Welt ihren Platz an der Seite der Sowjetunion haben — bereit zu jeder Unterstützung dieses ersten sozialistischen Staates, des mächtigsten Staates der Welt.

Dann wird man auch begreifen, warum der Haß aller Imperialisten in erster Linie gegen die Sowjetunion und gegen die KPdSU (B) gerichtet ist, und warum die kapitalistische Welt alle Mittel des Kampfes gegen die Sowjetunion und gegen die KPdSU (B) anwendet.

IV.

Die Bestätigung der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus in der geschichtlichen Entwicklung seit der Oktober-Revolution

Die weitere Entwicklung in der Welt bewies wiederum den unaufhaltsamen Sieg der Lehre von Marx - Engels - Lenin - Stalin, den Sieg der Arbeiterklasse, den Sieg der Ideologie der Arbeiterklasse. Als der Hitlerfaschismus, die damalige Avantgarde des Weltimperialismus, den zweiten Weltkrieg entfachte und die Sowjetunion überfiel, war es der Führer der KPdSU (B), der Führer der

Die führende Rolle in diesem Kampf gehört der Arbeiterklasse, dem Proletariat, das, indem es sich selbst befreit, zugleich alle unterdrückten Schichten der Gesellschaft für immer von Unterdrückung und Ausbeutung befreit.

In diesem Kampf stoßen zwei sich feindlich gegenüberstehende Ideologien, zwei sich feindlich gegenüberstehende Weltanschauungen, aufeinander — die Ideologie der Bourgeoisie und die Ideologie des Proletariats.

Die Ideologie der Bourgeoisie — das ist die Ideologie der Unterdrücker, der Ausbeuterklasse, die darauf gerichtet ist, das System der Unterjochung und Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Diese Ideologie ist zur Niederlage verdammt.

Die Ideologie des Proletariats — das ist die Ideologie der Unterdrückten und Ausbeuteten, die Ideologie der für ihre Befreiung kämpfenden Massen der Arbeiterklasse, die Ideologie, die in diesem Kampfe siegt.

Der Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie ist somit gleichzeitig der Sieg der proletarischen Ideologie über die bürgerliche Ideologie.

Die Geschichte hat bewiesen und beweist immer aufs neue die tiefe Wahrheit und echte Wissenschaftlichkeit der Lehre von Marx - Engels - Lenin - Stalin. Die Geschichte hat bewiesen und beweist immer aufs neue, daß der Sieg der Arbeiterklasse und ihrer Ideologie unaufhaltsam ist.

Die Imperialisten versuchen, die Sowjetunion sowohl mit militärischen Mitteln niederzuschlagen als auch von innen her den Staat der Werktätigen zu unterminieren. Für die Unterminierungsarbeit im Inneren des Staates der Werktätigen gebrauchten die Imperialisten in erster Linie solche Elemente wie die trotzkistisch-bucharinischen Verräter. Jedem, der die Geschichte der KPdSU (B) studiert, wird erkenntlich, daß die Trotzkiisten, diese Verräterbande, von jeher den Kampf gegen die Regierung der Arbeiter und Bauern führten und dabei die Methoden der Sabotage, Spionage und des offenen Mordterrors anwandten. Erinnert sei an das Attentat auf Lenin, an die Ermordung von Kirow, an die Ermordung von Kujbyschew und Gorki, an verschiedene Versuche, Mordanschläge auf die führenden Männer der KPdSU (B) zu organisieren. Das Volk trat diesen Verbrechen mit Empörung und Abscheu entgegen. Der sozialistische Staat verteidigte sich gegen diese Banditen und vernichtete sie. Die Gerichtsprozesse beweisen, daß diese Verbrecher, die sich „Opposition“ nannten, die gekauften Agenten der imperialistischen Kräfte des Auslandes waren. So war es damals, so ist es heute!

Als die trotzkistisch-bucharinischen Verräter entlarvt und abgeurteilt wurden, wies Stalin darauf hin, daß diese Banditen nur deswegen solange nicht entlarvt werden konnten, weil die Partei den ideologischen Fragen nicht genügend Aufmerksamkeit schenkte. Dadurch wurde die Partei gehindert, die verbrecherische und verräterische Tätigkeit dieser Bande frühzeitig zu durchschauen. Stalin hob die Notwendigkeit der ideologischen Stärkung der Partei hervor. Durch die ideologische Stärkung wurden die Partei und die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Verräter an der Sache der Arbeiterklasse, gegen die Verbrecher und Saboteure, die sich „Opposition“ nannten, mobilisiert. Am Beispiel der trotzkistisch-bucharinischen Bande wurde erwiesen, daß jede Schwächung der ideologischen Erziehung und der politisch-organisatorischen Einheit der Partei dahin führt, daß die sogenannten Oppositionellen als Agenten des Imperialismus in der Partei wirken können.

Wie zynisch klingen die Worte der heutigen Trotzkiisten, z. B. dieses Herbert Müller, der solche Agenten wie Bucharin, Sinowjew und andere als „ehrliche Menschen“ hinstellt und sich mit ihnen solidarisiert. Diese Volksfeinde, die Trotzki, Sinowjew, Bucharin und andere, die alles getan haben, um gegen die Befreiung der Menschheit, um gegen den Sozialismus zu kämpfen, verdienen nur Verachtung und Haß seitens der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, ebenso wie ihre heutigen Anhänger, die den niederträchtigen Verrat fortsetzen.

Die Imperialisten versuchen, die Sowjetunion sowohl mit militärischen Mitteln niederzuschlagen als auch von innen her den Staat der Werktätigen zu unterminieren. Für die Unterminierungsarbeit im Inneren des Staates der Werktätigen gebrauchten die Imperialisten in erster Linie solche Elemente wie die trotzkistisch-bucharinischen Verräter. Jedem, der die Geschichte der KPdSU (B) studiert, wird erkenntlich, daß die Trotzkiisten, diese Verräterbande, von jeher den Kampf gegen die Regierung der Arbeiter und Bauern führten und dabei die Methoden der Sabotage, Spionage und des offenen Mordterrors anwandten. Erinnert sei an das Attentat auf Lenin, an die Ermordung von Kirow, an die Ermordung von Kujbyschew und Gorki, an verschiedene Versuche, Mordanschläge auf die führenden Männer der KPdSU (B) zu organisieren. Das Volk trat diesen Verbrechen mit Empörung und Abscheu entgegen. Der sozialistische Staat verteidigte sich gegen diese Banditen und vernichtete sie. Die Gerichtsprozesse beweisen, daß diese Verbrecher, die sich „Opposition“ nannten, die gekauften Agenten der imperialistischen Kräfte des Auslandes waren. So war es damals, so ist es heute!

Die Imperialisten versuchen, die Sowjetunion sowohl mit militärischen Mitteln niederzuschlagen als auch von innen her den Staat der Werktätigen zu unterminieren. Für die Unterminierungsarbeit im Inneren des Staates der Werktätigen gebrauchten die Imperialisten in erster Linie solche Elemente wie die trotzkistisch-bucharinischen Verräter. Jedem, der die Geschichte der KPdSU (B) studiert, wird erkenntlich, daß die Trotzkiisten, diese Verräterbande, von jeher den Kampf gegen die Regierung der Arbeiter und Bauern führten und dabei die Methoden der Sabotage, Spionage und des offenen Mordterrors anwandten. Erinnert sei an das Attentat auf Lenin, an die Ermordung von Kirow, an die Ermordung von Kujbyschew und Gorki, an verschiedene Versuche, Mordanschläge auf die führenden Männer der KPdSU (B) zu organisieren. Das Volk trat diesen Verbrechen mit Empörung und Abscheu entgegen. Der sozialistische Staat verteidigte sich gegen diese Banditen und vernichtete sie. Die Gerichtsprozesse beweisen, daß diese Verbrecher, die sich „Opposition“ nannten, die gekauften Agenten der imperialistischen Kräfte des Auslandes waren. So war es damals, so ist es heute!

kanntlich hat die geschichtliche Entwicklung diese wissenschaftliche Voraussage des Genossen Stalin vollkommen bestätigt.

Die Entwicklung der Welt nach dem zweiten Weltkrieg zeigt an jedem Beispiel die Richtigkeit und die wissenschaftliche Tiefe der marxistisch-leninistischen Lehre. Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg führte dahin, daß in der Welt nicht nur die moralische Ueberlegenheit des Lagers der Demokratie, des Sozialismus und des Friedens, sondern auch die politische, ökonomische und militärische Ueberlegenheit dieses Lagers gegenüber dem Lager des Imperialismus und des Krieges klar ersichtlich wurde.

Die ständige Schwächung des imperialistischen Lagers, die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zeigen sich deutlich im Abfall weiterer Länder vom System des Imperialismus. Die Entstehung der Länder der Volksdemokratie, in denen die Arbeiterklasse, als Führerin des Bündnisses mit den übrigen werktätigen Schichten, die Macht in ihre Hände nahm und diese Länder zum Sozialismus führt, der Sieg der chinesischen Volksrevolution, die Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik, all das ist eine glänzende Bestätigung der marxistisch-leninistischen Lehre, ist ein unbestreitbares Zeichen der Stärke der Ideologie der Arbeiterklasse.

V.

Das

marxistisch-leninistische Prinzip des Internationalismus

Die untergehende imperialistische Welt versucht überall, dem siegreichen Fortschreiten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus Einhalt zu gebieten. Das erweist sich als unmöglich. Nur dort gelingt es den Imperialisten, den Gang der Entwicklung vorübergehend aufzuhalten, wo sie sich auf Verräter der Arbeiterklasse, auf Verräter am Marxismus stützen können. Dies zeigt das Beispiel von Jugoslawien, wo die Tito-Clique als Beauftragte des Imperialismus die Sache der Arbeiterklasse verraten hat, sich der Kommunistischen Partei bemächtigte und diese von der marxistischen Lehre, der Ideologie der Arbeiterklasse, trennte. In der Resolution des Informationsbüros über „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“ wird der Übergang der Tito-Clique vom bürgerlichen Nationalismus zum Faschismus, ihre Umwandlung in eine direkte, offene Agentur des Imperialismus, in eine Bande von Spionen und Mördern aufgezeigt. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte Jugoslawien die besten Möglichkeiten zur Errichtung des volksdemokratischen Regimes und zum Aufbau des Sozialismus wie die übrigen durch die gewalttätige Armee vom Faschismus befreiten Länder.

Die faschistische Tito-Clique riß aber Jugoslawien unter der Fahne des bürgerlichen Nationalismus aus dem Lager der Demokratie und des Sozialismus heraus. Die Tito-Clique unter der heuchlerischen Maske, das sie Jugoslawien „unabhängig“ von der Sowjetunion, von dem gesamten demokratischen Lager „auf eigenem Wege zum Sozialismus“ führen wolle. Die faschistische Tito-Clique stellt die betrügerische Behauptung auf, daß angeblich die Sowjetunion Jugoslawien „ausbeutete“, die Industrialisierung Jugoslawiens „verhinderte“ und Jugoslawien seiner Unabhängigkeit „berauben“ wollte.

Das Beispiel der volksdemokratischen Länder beweist, daß die Sowjetunion die Entwicklung dieser Länder nicht nur nicht hindert, sondern sie in ihrer gesamten Entwicklung, vor allem in ihrer Industrialisierung, fördert. Die Sowjetunion „beutet“ diese Länder nicht „aus“, sondern hilft ihnen mit ihren vielseitigen Erfahrungen. Dank dieser Hilfe konnten die volksdemokratischen Länder die zerstörte Wirtschaft in kurzer Frist neu aufbauen, ihre Industrie entwickeln und neue Industriezweige schaffen. Das Ergebnis dieser Entwicklung sehen wir im steil aufsteigenden Wirtschafts- und Lebensniveau in diesen Ländern, in der fortschreitenden Verbesserung der materiellen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Bevölkerung. Diese Länder gehen den sicheren Weg zum Sozialismus.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß die volksdemokratischen Länder ihre internationale Bedeutung, ihre Unabhängigkeit verlieren, sondern im Gegenteil, sie gewinnen unaufhörlich an internationaler Bedeutung, an internationalem Gewicht, was jede internationale Konferenz von neuem beweist. In Wirklichkeit verdanken diese Länder ihre Unabhängigkeit der Sowjetunion, die treu dem marxistisch-leninistischen Prinzip alles unternehmen hat und unternimmt, um ihnen die Selbstbestimmungsrecht zu sichern. Erst dadurch erlangten sie ihre internationale Bedeutung.

Das, was die Imperialisten und die Tito-Clique „Abhängigkeit“ nennen, ist in Wahrheit die Verwirklichung des marxistisch-leninistischen Prinzips des Internationalismus, ist die Verwirklichung der mächtigen internationalen Parole des Kommunistischen Manifestes:

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

(Fortsetzung nächste Seite)

In dieser ersten flammenden Urkunde des Marxismus heißt es, daß das wichtigste, prinzipielle Kennzeichen der Kommunisten darin besteht, daß

„... sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“ (Marx-Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Ausgabe 1946, S. 16, Verl. Neuer Weg.)

Die Zersplitterung der demokratischen Kräfte in allen Ländern, die Zersplitterung dieser Kräfte in den Ländern, in denen die Werktätigen bereits die Macht haben — das ist der größte Wunschtraum der Imperialisten. Nur das könnte ihnen die Verwirklichung ihrer schmutzigen Ziele ermöglichen.

Die Treue zum marxistischen Prinzip des proletarischen Internationalismus macht alle Pläne der Imperialisten zunichte. Im internationalen Zusammenhalt, in der Zusammen-

Und was ist mit Jugoslawien geschehen?

Nach seiner Loslösung vom anti-imperialistischen Lager der Demokratie und des Sozialismus durch die Tito-Clique restaurierte sich dort der Kapitalismus und Jugoslawien verlor seine Unabhängigkeit. In der Resolution des Informationsbüros „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“ heißt es:

„Infolge der konterrevolutionären Politik der Clique der Tito-Rankovic, die in Partei und Staat die Macht an sich gerissen hat, wurde in Jugoslawien das Regime eines anti-kommunistischen Polizeistaates faschistischen Typus errichtet. Die soziale Grundlage dieses Regimes sind das Großbauerntum im Dorf und die kapitalistischen Elemente in der Stadt. Die Macht befindet sich in Jugoslawien faktisch in den Händen volksfeindlicher, reaktionärer Elemente. In den zentralen und lokalen Behörden sitzen aktive Persönlichkeiten der alten bürgerlichen Parteien, großbürgerliche und andere der Volksdemokratie feindliche Elemente. Die regierende faschistische Oberschicht behauptet sich durch einen maßlos aufgeblähten Militär- und Polizeiparat, mit dessen Hilfe sie die Völker Jugoslawiens unterdrückt, das Land in ein Kriegslager verwandelt und die demokratischen Rechte der Werktätigen liquidiert hat, sowie jede freie Gedankenäußerung unterbindet.“ (Resolution der Novembertagung 1949 des Informationsbüros „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“.)

Der Verrat der Tito-Clique führte dazu, daß im Inneren des Landes die werktätigen Massen aus ihren mit Hilfe der Sowjetunion im Freiheitskampf eroberten Positionen von den früheren kapitalistischen Machthabern verdrängt wurden, immer rechtloser, immer mehr unterdrückt und ausgebeutet werden. Die alten kapitalistischen Machthaber in Stadt und Land stärken mehr und mehr ihre Positionen und beherrschen die Politik und die Wirtschaft des Landes.

Die Tito-Clique orientiert sich auf die östlichen Kapitalisten, auf die Kulaken (Großbauern). Jugoslawien wird nicht industrialisiert, sondern führt seine Rohstoffe aus und verschuldet immer mehr durch die Einfuhr amerikanischer Fertigwaren, vor allem Waffen. Die Lebensbedingungen der Volksmassen verschlechtern sich von Tag zu Tag, weil der amerikanische Imperialismus Jugoslawien mit Hilfe Titos zu einem Militärlager ausbaut. Die Kräfte des Volkes werden der friedlichen Arbeit entzogen und für die Kriegsproduktion und für ihren Einsatz in der Armee verwandt. Die Tito-Clique, als Agentur des Imperialismus und Vertreterin der kapitalistischen Interessen, hat ein Terror- und Schreckenregime aufgerichtet. In Jugoslawien schmachten Tausende und aber Tausende von ehrlichen Kommunisten in den KZs. Zahlreiche Kommunisten, u. a. der frühere Chef des Generalstabes der jugoslawischen Befreiungsarmee, der berühmte Held des Befreiungskrieges, Jovanowitsch, und andere führende Kommunisten sind schon von der Tito-Rankovic-Bande nach Gestapo-Methoden bestialisch ermordet worden.

„Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hat nachdem sie Feinden des Volkes, Mördern und Spionen in die Hände gefallen ist, in ihrer heutigen Zusammensetzung das Recht verloren, sich Kommunistische Par-

teille zu nennen, und ist lediglich ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito-Kardelj-Rankovic-Djilas ausführt.

Die Länder der Volksdemokratien, geführt von der Arbeiterklasse, an deren Spitze die Kommunistischen und Arbeiterparteien stehen, folgten diesem Prinzip des Internationalismus, stellten sich an die Seite der mächtigen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, an die Seite des Staates der Werktätigen, in dem der Sozialismus, die erste Phase des Kommunismus, schon Wirklichkeit ist, und der sich jetzt im Uebergang zum Kommunismus befindet. Nur so ist es den Ländern der Volksdemokratie möglich geworden, alle Interventions- und Störungsversuche des Weltimperialismus abzuwehren und in schnellem Tempo die ökonomischen und politischen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen.

Ohne Verbundenheit mit der Sowjetunion und deren Unterstützung, ohne Anwendung der Erfahrungen der UdSSR und der KPdSU (B) wären die Volksdemokratien schon längst von in- und ausländischen kapitalistischen und imperialistischen Kräften beseitigt. Nur in enger Freundschaft und Gemeinschaft mit der Sowjetunion kann die Arbeiterklasse eines Landes die Demokratie sichern und den Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande vollziehen.

Das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien ist daher der Ansicht, „daß der Kampf gegen die Tito-Clique — diese besodeten Spione und Mörder — die internationale Pflicht aller Kommunistischen und Arbeiterparteien ist.“ (Aus der Resolution des Informationsbüros über „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“.)

Auf der internationalen Ebene wurde Jugoslawien durch die Tito-Clique zu einem bloßen Anhängsel des Imperialismus, zu einem einfachen Werkzeug in den Händen des amerikanischen Imperialismus, mit dem dieser in das Lager der Demokratie und des Sozialismus einzubrechen versucht. Auf der internationalen Ebene (UNO usw.) kämpfen die Abgesandten Titos unverhüllt an der Seite der Imperialisten gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Die offiziellen jugoslawischen Organe führen gleichfalls im internationalen Maßstab den Verleumdungskrieg gegen die Sowjetunion, die Länder der Volksdemokratie, gegen die Kommunistischen und Arbeiterparteien, gegen alle demokratischen und friedliebenden Kräfte der Welt. Jugoslawien unter der Tito-Clique verriet die heldenhaften griechischen Freiheitskämpfer und schloß ein Bündnis mit den monarcho-faschistischen Mördern in Griechenland. Die Tito-Clique organisierte im Auftrage des amerikanischen Imperialismus die militärischen Provokationen gegen die Länder der Volksdemokratie (Grenzzwischenfälle) und versucht, in diesen Ländern Verschwörungen, Attentate und Sabotagehandlungen durchzuführen.

Diese faschistischen Machenschaften der Tito-Clique wurden in ihrer ganzen Niedertracht und Gemeinheit im Prozeß gegen die titostisch-trotzkistische Rajk-Bande in Ungarn und in dem Kostoff-Prozeß in Bulgarien enthüllt. Dort zeigte sich in drastischer Weise, daß die Tito-Bande auf direkten Befehl der amerikanischen Imperialisten systematisch Spione und Mörder gezeitet hatte, zu dem Zweck, das volksdemokratische Regime in Ungarn und Bulgarien zu untergraben, den sozialistischen Aufbau zu verhindern, um aus diesen Ländern gleichfalls eine Kriegsbasis des amerikanischen Imperialismus zu machen. Tito und seine Bande handelten genau so wie seinerzeit Trotzki, Bucharin, Sinowjew und Kamenjew in der Sowjetunion. Es ist selbstverständlich, daß der Staatsapparat der Arbeiter- und Bauernregierungen in den Ländern der Volksdemokratie sich gegen diese Banditen wehrt und ihnen das Handwerk legt. Jeder ehrliche Mensch wird nur Abscheu vor dieser tito-trotzkistischen Bande empfinden, und nur Feinde der Arbeiterklasse können sich mit den Feinden der Menschheit, können sich mit solchen Verbrechern solidarisch erklären, wie das auch deutsche Trotzkisten, wie Herbert Müller, Fischer u. a., tun. Auch in Westdeutschland setzen die amerikanischen Imperialisten ihre Hoffnungen auf ihre trotzkistisch-titostischen Agenten in ihrem Kampf gegen die KPD, die einzige Partei, von der sie wissen, daß sie keine Kompromisse mit den Imperialisten kennt.

Die Lehre, die alle Kommunisten daraus ziehen müssen, ist die, daß der Verrat an der Lehre des Marxismus-Leninismus Verrat an der Sache der Arbeiterklasse, der Sache des Befreiungskampfes der Menschheit ist.

Entsprechend der Aufforderung des Informationsbüros ist es notwendig, die ideologische Arbeit der Kommunisten sowie ihre Erziehung im Geiste der Treue zum proletarischen Internationalismus und zur Unverwundbarkeit gegenüber jeglichen Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu verstärken.

VI.

Der Sieg der marxistisch-leninistischen Lehre, der Sieg der proletarischen Ideologie ist ein unabänderliches Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung

Wenn wir die heutige Entwicklung in der Welt betrachten, so ergibt sich, daß die kommunistische Lehre, die Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin, ihre weitere mächtige geschichtliche Verwirklichung in der Welt findet.

Die Sowjetunion, die führende Kraft des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, ging mit der Entfaltung ihrer ökonomischen und politischen Macht auf eine noch höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung über, auf den Weg zum Kommunismus. Alle Hoffnungen der Weltimperialisten auf wirtschaftliche Nachkriegsschwierigkeiten und auf die Verlangsamung des Tempos des Wiederaufbaues in der Sowjetunion erwiesen sich als Selbstbetrug. Alle Provokationen, Einschüchterungsversuche und Manöver der Imperialisten sind fehlgeschlagen. Auch die größte Hoffnung der Imperialisten, auf die „rettende“ Atombombe zerplatzte, ähnlich wie die Hoffnung des zusammenbrechenden Hitlerregimes auf die „Wunderwaffen“ V 1 und V 2.

Das Lager der Demokratie und des Friedens, unter Führung der Sowjetunion, wurde durch den Sieg des chinesischen Volkes, an dessen Spitze die chinesische Arbeiterklasse, geführt von der Kommunistischen Partei Chinas steht bedeutend gestärkt. Die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik, deren Entstehung für die Sache des Friedens in Europa von größter Bedeutung ist, ist eine weitere Verstärkung des anti-imperialistischen Lagers.

Wir beobachten das Scheitern der „ökonomischen Pläne“ des imperialistischen Lagers, das Scheitern des sogenannten Marshallplanes. Die Wirtschaftskrise im imperialistischen Lager rückt heran. Sie macht sich nicht nur in England, Frankreich und anderen imperialistischen Ländern, sondern auch schon in den USA mit all ihren Erscheinungen, wie Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen, Finanzzerüttung usw. stark fühlbar. Die Kräfte des Weltimperialismus schwinden immer mehr.

„Die demokratischen Kräfte des Friedens wachsen unvergleichlich schneller als die dunklen Mächte der Kriegstreiber. Das Kräfteverhältnis in der internationalen Arena hat sich von Grund auf geändert, und es ändert sich weiter zugunsten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.“

Vom Wachstum und Erstarken dieses Lagers zeugt vor allem der weitere Macht-

zuwachs der Sowjetunion, die in der Vorhut des anti-imperialistischen Lagers, in der Vorhut des Kampfes für einen dauerhaften Frieden steht.“ (M. Suslow-Referat auf der Tagung des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1949.)

Allein in der Sowjetunion, in den Ländern der Volksdemokratie und in der chinesischen Volksrepublik zählen diese Kräfte 800 Millionen Menschen, die gemeinsam mit den Kräften der Demokratie und des Friedens in allen übrigen Ländern der Welt schon jetzt die Mehrheit der Bevölkerung der gesamten Welt darstellen. Angesichts dieser Entwicklung sind die Argumente der Imperialisten und ihrer titostisch-trotzkistischen Agenten über ihre Kraft und Stärke ein jämmerlicher Betrug. Jede Hoffnung auf eine Rückentwicklung der Welt wird ebenso scheitern wie die früheren Hoffnungen der Imperialisten gescheitert sind.

Die konsequente Verwirklichung der marxistisch-leninistischen Lehre ist ein unabänderliches Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung.

In seinem Referat auf der Tagung des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1949 erklärte der Genosse Suslow:

„Die abenteuerliche Außenpolitik der Wallstreet- und City-Imperialisten bewirkt ihrerseits eine weitere Schwächung des anti-demokratischen Lagers. Diese Politik erleidet eine Niederlage nach der anderen. Das Fiasko der „Atomdiplomatie“, der Bankrott des „Marshallplanes“, das Versagen der Pläne der imperialistischen Wühlarbeit in Südost- und Mitteleuropa, der Zusammenbruch der amerikanischen Politik in China — das ist nur ein Teil der Niederlagen der imperialistischen Außenpolitik. Selbstverständlich ist die Verschärfung aller Gegensätze des Kapitalismus und die Schwächung der Kräfte des imperialistischen Lagers in der eigenen Natur des Kapitalismus begründet. Aber die abenteuerliche Außenpolitik der anglo-amerikanischen Imperialisten beschleunigt diese ganze Entwicklung.“ (Rede des Genossen Suslow über „Die Verteidigung des Friedens und den Kampf gegen die Kriegstreiber“.)

VII.

Die verschiedenartige Entwicklung im Osten und im Westen Deutschlands

Der zweite Weltkrieg endete mit der Niederlage Hitlerdeutschlands und mit der Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte. Diese Besetzung trug von Anfang an in den verschiedenen Teilen Deutschlands einen prinzipiell verschiedenen Charakter. Während der östliche Teil Deutschlands von der Sozialistischen Sowjetunion besetzt wurde, wurde der westliche Teil von den kapitalistischen Mächten, an deren Spitze der USA-Imperialismus steht, besetzt. Das führte zu einer verschiedenartigen Politik gegenüber Deutschland.

A. Auf der einen Seite die Politik einer sozialistischen Macht — der Sowjetunion.

Das wichtigste Merkmal dieser Politik war immer die grundsätzliche Haltung der Sowjetunion, die deutsche Nation als eine Nation, das deutsche Volk als ein Volk, welches das Recht auf seine nationale Existenz hat, zu betrachten und ihm sowohl die politische Souveränität wiederzugeben als auch die notwendigen ökonomischen Grundlagen für seine nationalen Lebensbedürfnisse zu sichern. Als Voraussetzung hierfür betrachtete die Sowjetunion die Notwendigkeit der Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Vernichtung der Ueberreste des faschistischen Regimes. Die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone führte zum Aufbau und zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zur Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik, der nicht nur die volle Selbstverwaltung, sondern auch das Recht auf eine eigene, unabhängige Außenpolitik gegeben wurde.

Ueber die Bedeutung dieser Entwicklung sagte Stalin in seinem historischen Telegramm an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer

gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen.

Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“ (Telegramm Stalins an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 14. Oktober 1949.)

B. Auf der anderen Seite — die Politik der kapitalistischen Mächte unter Führung des USA-Imperialismus.

Das Ziel der Politik dieser Mächte war, Deutschland als Nation und Staat zu vernichten, es in eine Kolonie und in ein militärisches Aufmarschgebiet zu verwandeln. Nicht die demokratischen, friedliebenden Kräfte werden gefördert, sondern die Kräfte des deutschen Imperialismus, die für den Ausbruch zweier Weltkriege und für das Entstehen des Faschismus in Deutschland verantwortlich sind und die jetzt als die willfährigen Diener des amerikanischen Imperialismus auftreten. Diesen Kräften wurden durch die imperialistischen Besatzungsmächte nicht nur die ökonomischen Grundlagen wiedergegeben (in dem Maße, wie das den Interessen der Monopolisten in den USA, England und Frankreich nicht widerspricht), sondern auch zu politischer Macht verholfen (Bonner Regierung), wobei das Besatzungsregime mit Hilfe des Besatzungs- und Ruhrstatuts in ein Regime der kolonialen Ausbeutung und der militärischen Dauerbesetzung umgewandelt wurde.

„Statt eine Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands stellen die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs die Rüstungsindustrie in Westdeutschland wieder her, stellen sie die dominierenden Positionen der reaktionären Monopole, des Junkertums und der militaristischen Elemente wieder her, die früher (Fortsetzung nächste Seite)

eine Stütze des deutschen Imperialismus und des Hitlerfaschismus waren. Zugleich hintertreiben sie in jeder Weise die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland in dem Bestreben, die zeitweilige Besetzung zu einer ständigen und ungeteilten Kolonialherrschaft in Westdeutschland zu machen. (Rede des Gen. Suslow über „Die Verteidigung des Friedens und den Kampf gegen die Kriegstreiber“.)

Diese zwei Wege der Politik der Besatzungsmächte im Osten und Westen Deutschlands sind der Ausdruck der verschiedenartigen Gesellschaftssysteme und ideologischen

Grundsätze der entsprechenden Mächte. Der proletarische Ideologie der Sozialistischen Sowjetmacht entspricht die Politik, die dem deutschen Volke zur Wiedergewinnung seiner nationalen Selbständigkeit verhilft. Der bürgerlichen Ideologie der imperialistischen Mächte, an deren Spitze die USA stehen, entspricht die Politik, die den Zustand der militärischen Besetzung in einen Zustand der kolonialen Unterdrückung des deutschen Volkes in Westdeutschland verwandelt. Dabei brechen die imperialistischen Besatzungsmächte rücksichtslos die internationalen Verträge, die sie selbst unterschrieben haben, wie das Potsdamer Abkommen, worin vorgesehen ist, daß Deutschland als einheitlicher, politisch und ökonomisch selbständiger Staat wiedererstehen soll.

VIII.

Die Grundlagen der Politik der KPD

Die Kommunistische Partei Deutschlands als Partei der Arbeiterklasse, als Partei, die für die Befreiung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen vom Joch der Ausbeuter und von jeglicher Art der Unterdrückung kämpft, die für den Sozialismus kämpft, als Partei, deren Ideologie der Marxismus-Leninismus ist, muß und kann nur eine solche Politik betreiben, die der Ideologie der Arbeiterklasse entspricht. Daher treten die KPD und jedes ihrer Mitglieder bedingungslos für die Politik der Sowjetunion als der sozialistischen Macht ein. Darum kämpfen die KPD und jedes ihrer Mitglieder für die konsequente Unterstützung der sozialistischen Sowjetunion, dem Garanten der Entwicklung des sozialistischen Lagers, des Lagers der Demokratie und des Friedens.

Daher kämpfen die KPD und jedes ihrer Mitglieder gegen den Imperialismus, in erster Linie gegen seine führende Kraft, gegen den amerikanischen Imperialismus.

Daher treten die KPD und jedes ihrer Mitglieder für eine allseitige Unterstützung der Länder der Volksdemokratie ein, die den Weg des Sozialismus beschritten haben (wie Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Albanien), oder die ein Regime der Volksrepublik, wie China — das Regime der Werktätigen mit der Arbeiterklasse an der Spitze — geschaffen haben.

Daher betrachtet die KPD und jedes ihrer Mitglieder den Versuch irgendwelcher Kräfte, an der Einheit des anti-imperialistischen demokratischen Lagers zu rütteln, als einen Angriff auf die Interessen der Arbeiterklasse der ganzen Welt und auch der Arbeiterklasse in Westdeutschland.

Daher betrachten die KPD und jedes ihrer Mitglieder jeden Versuch, am politischen, ökonomischen und territorialen Bestand irgendeines dieser Länder zu rütteln, als einen Angriff gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt und auch gegen die Arbeiterklasse in Westdeutschland.

Daher betrachten die KPD und jedes ihrer Mitglieder die Westgrenze Polens als die unerschütterliche Friedensgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem volksdemokratischen Polen, das sich auf dem Wege zum Sozialismus befindet. Dieses Polen, das die Deutsche Demokratische Republik anerkannt hat, hat seine Bereitschaft, in Frieden und Freundschaft mit einem demokratischen

und friedliebenden Deutschland zu leben, wiederholt erklärt. Die Westgrenze Polens ist um so mehr unantastbar, als sie durch das Potsdamer Abkommen der vier Mächte garantiert ist. Sie ist eine Folgeerscheinung des verbrecherischen Hitlerkrieges gegen die Sowjetunion und Polen, die mehr als alle anderen Länder unter dem Hitlerüberfall gelitten haben und alle ihre Kräfte zum Kampf für die Aufrechterhaltung des Friedens einsetzten. Jegliche Hetze gegen die Westgrenze Polens ist eine imperialistische Provokation, um die friedliche Entwicklung des demokratischen Lagers zu unterminieren. Die Hetze der Imperialisten dient dem Zweck, das deutsche Volk auszunutzen, indem sie ihm ein „eigenes“ Kriegsziel zu geben versucht.

Diese Hetze gegen Polen soll bei den Umsiedlern das Gefühl der Unsicherheit erhalten und dient dem Bestreben, sich der Verpflichtung zu entziehen, ihnen eine neue Heimat und eine Existenz zu geben, und sie, sowie weitere Teile des deutschen Volkes, für die Kriegspolitik der Imperialisten zu mißbrauchen. Darum ist der Kampf gegen diese imperialistische Revanche-Hetze ein Kampf gegen den Krieg, der Kampf für die wirklichen Interessen der Proletarier und aller Werktätigen.

Die proletarische Ideologie verpflichtet die KPD und jedes ihrer Mitglieder, für die Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik einzutreten, denn diese verkörpert den Kampf unseres Volkes für seine nationale Existenz, für seine staatliche Einheit und Unabhängigkeit, für Frieden und Demokratie. Die Deutsche Demokratische Republik ist die Bannerträgerin im Kampfe für die Befreiung der westlichen Teile Deutschlands vom Joch des ausländischen Imperialismus, sie ist das einigende Band aller Deutschen, die für eine friedliche und glückliche Zukunft unseres Volkes kämpfen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die die führende Kraft in der Deutschen Demokratischen Republik ist, verkörpert die Einheit der Arbeiterklasse und ist die starke Kraft und feste Stütze im gemeinsamen Kampf für die Einheit Deutschlands, die Demokratie und den Frieden. Mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verbinden uns untrennbar die proletarische Ideologie, die Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin sowie die besten revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse.

IX.

Die proletarische Ideologie - die Richtschnur der Politik der KPD

Aus der ideologischen Grundeinstellung der KPD ergibt sich ihre Politik im Kampf um den Frieden, im Kampf um die nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Als marxistisch-leninistische Partei kämpft die KPD gegen die imperialistischen Kriegstreiber, die einen neuen Weltkrieg gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik vorbereiten und Westdeutschland mit Hilfe der deutschen Imperialisten zum Rüstungsarsenal und zum militärischen Aufmarschgebiet machen wollen. Die imperialistischen Kriegstreiber haben Deutschland gespalten und führen eine Politik der Unterdrückung des deutschen Volkes durch. Die ausländischen Imperialisten können ihre Kolonialherrschaft nur ausüben, indem sie sich auf die deutschen Imperialisten stützen, die die Nation verraten und mit den ausländischen Monopolkapitalisten, vor allem mit den Imperialisten der USA, im Bunde sind. Diese verräterische imperialistische Großbourgeoisie sichert die Herrschaft der ausländischen Imperialisten in Deutschland. Mit Hilfe des ausländischen Monopolkapitals und durch Massenbetrug hat sie die entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen an sich gerissen und erfüllt gehorsam den Willen der ausländischen Imperialisten. Die deutsche Großbourgeoisie hat als Entgelt dafür das Recht bekommen, ihren Anteil am Profit aus dem deutschen Volk herauszupressen. All dies wird durch die Politik der Heuß-Adenauer-Regierung, der Regierung dieser verräterischen Großbourgeoisie, bewiesen, die die Teilung Deutschlands auf Befehl der ausländischen Imperialisten durchführte, die durch das Petersberger Abkommen mit den Hohen Kommissaren das Ruhr- und Saargebiet den ausländischen Imperialisten auslieferte, die durch den Beitritt zur Europa-Union den Anschluß an den Atlantik-Kriegspakt vorbereitete, die die Remilitarisierung Westdeutschlands durchführt und durch Aufstellung einer Soldatarmee eine Kriegsbasis für den amerikanischen Imperialismus schafft.

Die Heuß-Adenauer-Regierung errichtet ein antidemokratisches, diktatorisches Regime, um ihre Politik der Demontage, der Senkung der Reallohn, des Angriffs auf die sozialen Leistungen durchzuführen. Die Aufgabe der KPD im Kampf gegen den Imperialismus ist daher, den Hauptstoß gegen die verräterische deutsche Großbourgeoisie und ihre Regierung zu richten, ihre antinationale Politik zu entlarven, die Masse der Bevölkerung von ihr loszureißen und sie zum Kampf für den Frieden und die nationale Einheit und Unabhängigkeit in einer umfassenden Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zu mobilisieren.

Die Kommunisten müssen beherzigen, was in der Resolution des Informationsbüros zur „Verteidigung des Friedens und Kampfes gegen die Kriegstreiber“ über die Politik der Imperialisten gesagt wird:

„Es wäre ein schwerer, unverzeihlicher Irrtum, anzunehmen, die Gefahr eines Krieges sei geringer geworden. Je hoffnungsloser die Sache der Imperialistischen Reaktion ist, so lehrte die Erfahrung der Geschichte, um so mehr tobt sie, und um so mehr wächst die Gefahr von Kriegsabenteuern...“

Angesichts der immer größer werdenden Gefahr eines neuen Krieges wird den Kommunistischen und Arbeiterparteien eine hohe geschichtliche Verantwortung auferlegt. Der Kampf für einen dauerhaften und langen Frieden, für die Organisierung und Vereinigung der Friedenskräfte gegen die Kräfte des Krieges muß gegenwärtig im Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit der Kommunistischen Parteien

und der demokratischen Organisationen stehen.“

(Resolution des Informationsbüros „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber.“)

Gegen die koloniale Unterdrückungs- und Entrechtungs politik der ausländischen und deutschen imperialistischen Kriegstreiber kämpft die KPD in Westdeutschland für die Errichtung einer wirklich demokratischen, friedlichen Ordnung. In der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands mobilisiert sie die Millionenmassen des deutschen Volkes: für den Abschluß eines Friedensvertrages, den Abzug aller Besatzungstruppen, die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, mit dem Ziele der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

An der Spitze dieses Kampfes kann nur die Arbeiterklasse stehen. Sie ist am stärksten an der Aufhebung der nationalen Unterdrückung interessiert, da sie einerseits mehr als andere Klassen unter dem Joch der ausländischen Imperialisten zu leiden hat, andererseits die einzige bis zu Ende konsequente Kraft ist, die, mit der Lehre des Marxismus-Leninismus ausgerüstet, den richtigen Weg zeigt und ihn siegreich zu Ende gehen wird.

Weil dieser Kampf sich gegen die Kräfte des internationalen und deutschen Imperialismus richtet, weil das Ziel dieses Kampfes die Beseitigung des internationalen und deutschen Imperialismus ist, ist dieser Kampf der deutschen Arbeiterklasse konsequenter Klassenkampf, ein Bestandteil des Kampfes des ant imperialistischen Lagers gegen das imperialistische, antidemokratische Lager.

Dieser nationale Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD, ist somit ein Bestandteil des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die internationalen imperialistischen Kräfte, an deren Spitze der amerikanische Imperialismus steht. Dieser Kampf ist die Verwirklichung des Internationalismus —

X.

Die Einheit der Arbeiterklasse - die wichtigste Voraussetzung für den Sieg im Kampf für den Frieden und die nationale Unabhängigkeit Deutschlands

„Von der Energie und Initiative der Kommunistischen Parteien hängt in vieler Hinsicht der Ausgang des entzündenden gigantischen Ringens um den Frieden ab, von den Kommunisten als fortschrittlichen Kämpfern hängt es vor allem ab, die Möglichkeit einer Durchkreuzung der Kriegstreiberpläne zur Wirklichkeit werden zu lassen.“

(Aus der Resolution des Informationsbüros „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber.“)

Die Arbeiterklasse kann den Kampf für den Frieden und für die nationale Befreiung nur erfolgreich führen, wenn sie einheitlich handelnd auftritt. Diese Einheit der Arbeiterklasse kann nur im entschiedenen Kampf gegen die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften errungen werden.

Die geschichtlichen Erfahrungen lehren, daß nur die von den rechten Führern der Sozialdemokratie herbeigeführte Spaltung der Arbeiterklasse den Machtantritt Hitlers ermöglichte.

Die Entwicklung seit 1945 beweist, daß die Koalitionspolitik der Schumacher u. Co. und ihre schädliche Politik der Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse, den alten imperialistischen, reaktionären Kräften ermöglichte, ihre Macht wiederherzustellen.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß der Sozialdemokratismus, die Ideologie der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, die Ideologie der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen der Imperialisten ist, daß der Sozialdemokratismus unvermeidlich zur Niederlage der Arbeiterklasse und zum Sieg der reaktionären Kräfte führen muß. Ohne den entschiedenen Kampf gegen die Ideologie und Politik der Schumacher, Heine, Ollenhauer u. Co. kann die deutsche Arbeiterklasse weder um ihre Tagesforderungen noch um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele erfolgreich kämpfen. Deshalb ist der Kampf gegen die Spaltung, der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse nur zu verwirklichen durch eine tiefgehende ideologische Klärung in den Reihen unserer Partei. Die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Arbeitern, insbesondere in den Gewerkschaften, wird nur erreicht und gefestigt in Verbindung mit der sachlichen Kritik an der opportunistischen Politik der rechten Führer. Die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und unsere eigenen deutschen Erfahrungen bestätigen voll und ganz, was in der Resolution des Informationsbüros über die „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber“ gesagt ist.

„Es gilt, die Zusammenarbeit und Aktionseinheit mit den unteren Organisationen und einfachen Mitgliedern der sozialistischen Parteien mit allen Mitteln zu ent-

wickeln und auszubauen, alle wirklich ehrlichen Elemente in den Reihen dieser Parteien zu unterstützen und sie über die verhängnisvolle Politik der reaktionären rechten Führer aufzuklären.“

Die Erfüllung der Pflichten gegenüber dem internationalen Proletariat.

Darum hat dieser Kampf nichts gemein mit dem Nationalismus. Darum ist die Behauptung der Parteifeinde, die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands sei Verrat an der Sache der Arbeiterklasse, nichts anderes als Lüge und Verleumdung. Gerade der Verzicht auf ein Bündnis mit allen patriotischen Deutschen als Verbündete im Kampf für die nationale Befreiung unseres Volkes wäre Verrat an der Arbeiterklasse, da solch ein Verzicht zur Isolierung und zur Schwächung der Kräfte führt, die gegen die nationale Unterdrückung, gegen den amerikanischen Imperialismus kämpfen.

Der Verzicht auf Verbündete würde den erfolgreichen Kampf überhaupt unmöglich machen und würde das Kolonialjoch in Westdeutschland verewigen. Die marxistisch-leninistische Theorie von der Bündnispolitik der Arbeiterklasse zeigt uns den einzig richtigen Weg für unsere Klasse. Deshalb richten die Parteifeinde und Agenten des Weltimperialismus gegen diese Theorie ihren Stoß, deshalb bekämpfen sie die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Die Nationale Front bedeutet kein Aufgeben der ideologischen Position der KPD und der Arbeiterklasse. Im Gegenteil, die Arbeiterklasse und ihre Partei können in der Nationalen Front nur dann die führende, organisierende Kraft sein, wenn die Partei ihre ideologischen Prinzipien zur Grundlage ihrer gesamten Politik macht und sie von jeder Verfallung freihält. Das ist notwendig, um den nationalen Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen, um jeglichen Kapitulationsversuchen inkonsequenter und schwankender Verbündeter aus dem kleinbürgerlichen und bürgerlichen Lager, die zu Kompromissen mit dem deutschen und ausländischen Imperialisten neigen, zu widerstehen. Das ist auch notwendig, damit die deutsche Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei aus diesem Kampf ideologisch und organisatorisch gestärkt hervorgeht, um mit Erfolg den Kampf für ihre weitgehenden Klassenziele führen zu können.

„Die Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber.“

Die politischen Protestaktionen und politischen Streiks gegen die Adenauer-Politik beweisen, daß diese Einheit der Arbeiterklasse in den Betrieben bei einer richtigen Politik der KPD voll und ganz zu erreichen ist.

„trotz des Entgegenwirkens der leitenden Zentrale der Gewerkschaften oder Parteien, die von Spaltem und Feinden der Einheit geleitet werden.“ (Ebenda.)

Die Aktionseinheit mit den Mitgliedern und Funktionären der SPD und Gewerkschaften wird gefestigt und gefördert durch die sachliche Kritik an der opportunistischen und verräterischen Politik der rechten Führer der SPD und Gewerkschaften, einer Kritik, die auf der gründlichen Kenntnis der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus fußt. Je fester die Partei und alle ihre Mitglieder auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen, um so sicherer werden sie die „radikalen“ Forderungen der rechten SPD-Führer in den nationalen und sozialen Fragen, soweit diese mit den Interessen der Werktätigen übereinstimmen, zum Anlaß nehmen, um die sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf um ihre Verwirklichung zu gewinnen und dabei die Rolle der rechten SPD-Führer zu entlarven.

Die Kommunisten dürfen dabei keinen Augenblick vergessen, welche Schlussfolgerungen die Partei aus den Lehren der Wahlen vom 14. August gezogen hat.

„Die Kommunisten können und dürfen niemals die Massen der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre als ihre Feinde betrachten, sondern müssen darauf hinarbeiten, daß sie eines Tages mit ihnen in einer einheitlichen sozialistischen Partei vereinigt sein werden. Das muß der gerade Kurs eines jeden Mitgliedes der Kommunistischen Partei sein, von dem es sich durch keine Provokation abbringen lassen darf. Jeder Kommunist muß diese Politik in seiner täglichen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft verwirklichen. (Aus der Resolution der 13. Tagung des PV der KPD über die Lehren der Wahlen vom 14. Aug. 1949.)“

Der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der Wendung zu den Massen der christlichen Arbeiter und Werktätigen, deren religiöse Überzeugungen für den gemeinsamen Kampf um den Frieden und die materiellen Interessen kein Hindernis sind. Ueber die Wahrung und das ständige Eintreten für die Gewerkschaftseinheit hinaus, muß die KPD alle Klassenkräfte des Proletariats mobilisieren und sie mit dem Geiste der proletarischen Ideologie erfüllen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Die Rolle der Partei, die Lenin-Stalinsche Lehre von der Partei

Wenn die Mitglieder der Partei verstehen, wie entscheidend die Rolle der Arbeiterklasse Deutschlands bei der Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes ist, so verstehen sie auch die gewaltige Bedeutung und Verantwortung, die die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, hat.

Sie werden dann auch verstehen, warum die Imperialisten und ihre Agenten ihr ganzes Feuer gerade auf unsere Partei konzentrieren, als ihren direkten Feind und Gegner in Westdeutschland.

In der Epoche des Imperialismus, lehrten Lenin und Stalin, braucht die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker eine Partei neuen Typus. Die wichtigsten Kennzeichen einer solchen Partei sind nach den Lehren Lenins und Stalins:

1. Die Partei muß die Vorhut der Arbeiterklasse sein,

sie muß die besten Elemente der Arbeiterklasse mit ihrer Erfahrung, mit ihrem revolutionären Geist, mit ihrer grenzenlosen Ergebenheit für die Sache des Proletariats in sich aufnehmen. Sie kann nur dann die Vorhut der Arbeiterklasse sein, wenn sie mit der revolutionären Theorie, mit den Kenntnissen der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung gewappnet ist. Die Partei kann sich nicht darauf beschränken, nur zu registrieren, was die Masse der Arbeiterklasse empfindet und denkt, sie darf nicht hinter der spontanen Bewegung der Arbeiterklasse einhertreten. Die Partei ist der politische Führer der Arbeiterklasse, sie ist der Kampfstab des Proletariats. Um zu führen, muß die Partei voraussehen.

Darum ist die Behauptung einiger Genossen, daß die Kommunistische Partei angesichts der angeblichen „Passivität“ der Arbeiterklasse Westdeutschlands nichts unternehmen kann und daß hieraus die Mißerfolge der KPD zu erklären sind, nicht richtig. Es hängt allein von der KPD, von jedem einzelnen Mitglied der Partei ab, die Arbeiterklasse für den aktiven Kampf zu mobilisieren.

Dort, wo die KPD wirklich Führerin der Arbeiterklasse ist, gibt es auch kein Gerede über angebliche „Passivität“ oder „fehlendes Klassenbewußtsein der Arbeiter“.

Aber die Partei soll nicht nur die Vorhut sein, sondern sie muß gleichzeitig ein untrennbarer Teil der Klasse sein, der in seinem ganzen Dasein fest mit ihr verwurzelt ist.

„Die Partei kann die Klasse nicht führen, wenn sie nicht mit den partellosen Massen verbunden ist... wenn diese Massen ihre Führung nicht anerkennen, wenn die Partei bei den Massen keinen moralischen und politischen Kredit hat.“ (Stalin, „Fragen des Leninismus“, Ausgabe 1947, Seite 88.)

Das bedeutet vor allem, daß das Sektierertum jeder Art, die Abkapselung der Partei von der Arbeiterklasse, von den Massen überhaupt, eine schädliche und verhängnisvolle Erscheinung für die Partei ist. Das bedeutet die Dringlichkeit der Entfaltung des Kampfes gegen die sektiererischen Bestrebungen in unserer Partei.

Um allseitig die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, muß die Partei, indem sie in erster Linie den politischen Kampf führt, gleichzeitig den täglichen Kampf für die sozialen und ökonomischen Interessen der breitesten werktätigen Massen führen, weil das Leben, die Not und die Sorgen der Arbeiterklasse — das Leben, die Not und die Sorgen unserer Partei sind.

2. Die Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse

Die Partei kann unter außerordentlich schwierigen Bedingungen, umgeben von vielen und verschiedenartigen Gegnern, erst dann den Kampf der Arbeiterklasse führen, erst dann manövrieren und den Kampfgeist trotz zeitweiliger Mißerfolge hochhalten und einen neuen Angriff vorbereiten und einleiten, wenn sie ein organisierter und disziplinierter Trupp des Proletariats ist. Sie muß in die Massen den Geist der Disziplin, der Planmäßigkeit im Kampf, der Organisation und der Ausdauer hineintragen. Das kann sie nur, wenn sie diese Eigenschaften verkörpert. Die Partei kann ihre Führerrolle nur erfüllen, wenn sie ausgerüstet ist mit der fortschrittlichen Theorie — der Theorie des Mar-

xismus-Leninismus. Denn ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre Bewegung.

Die Partei ist nicht nur die Stimme einzelner Parteieinheiten, sondern sie ist zugleich das einheitliche System dieser Parteieinheiten. Sie ist ein einheitliches Ganzes, mit oberen und unteren Organen der Führung, mit der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Die so gefaßten Beschlüsse sind für alle Parteimitglieder bindend. Die richtige Durchführung der Beschlüsse der Partei über den organisatorischen Aufbau und die Neuwahl aller Leitungen der Partei von unten bis oben werden daher von außerordentlicher Bedeutung für die erfolgreiche Lösung ihrer Aufgaben sein.

Die Partei ist Instrument der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Die Kommunistische Partei ist kein Selbstzweck, sie ist das Instrument, die Waffe des Proletariats im Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung, ist Konzentration, Zusammenballung der Kräfte des Proletariats.

Ohne die Partei steht die Arbeiterklasse hilflos da mit allen Mitteln der Ausbeutung und Unterdrückung ausgerüsteten Bourgeoisie gegenüber, die in ihrer Hand die ökonomischen, politischen und alle Organe der staatlichen Macht hat.

3. Die Partei als höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats

Das Proletariat hat außer der Partei noch andere Organisationen, die für den erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung notwendig sind. Das sind z. B. Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Frauen- und Jugendorganisationen usw.

Aber „die Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats“ (Stalin). Sie ist es, weil die Partei das Sammelbecken der besten Elemente der Arbeiterklasse ist, die mit den partellosen Organisationen, mit der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Massen unmittelbar verbunden ist. Sie ist es, weil sie die Schule zur Heranbil-

dung von Führern der Arbeiterklasse ist, weil allein sie imstande ist, die Leitung des Kampfes des Proletariats zu zentralisieren.

Das bedeutet keinesfalls, daß die Partei sich die Massenorganisationen unterstellen soll. Nicht durch Kommandieren, sondern durch die Ueberzeugung und durch die beispielhafte aktive und kluge Tätigkeit ihrer Mitglieder in diesen Organisationen kann und muß die Partei diese an ihre Seite gewinnen, um durch diese Organisationen die engste Verbundenheit mit den Massen zu halten.

Die KPD muß Schluß machen sowohl mit der Unterschätzung der Arbeit in den Massenorganisationen als auch mit den sektiererischen Tendenzen in dieser Arbeit.

4. Die Partei ist eine mit der Existenz von Fraktionen unvereinbare Einheit des Willens

Den Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker kann die Partei nur dann führen, wenn sie durch ihre Geschlossenheit und eiserne Disziplin stark ist. Die eiserne Disziplin ist undenkbar ohne die Einheit des Willens, ohne die völlige und unbedingte Einheit des Handelns aller Parteimitglieder. Dadurch wird keinesfalls die Möglichkeit eines Meinungskampfes in der Partei ausgeschlossen. Im Gegenteil, die eiserne Disziplin setzt die Kritik und den Meinungskampf in der Partei voraus. Die Disziplin kann und soll nicht „blind“ sein, im Gegenteil, sie setzt die Bewußtheit und Freiwilligkeit der Unterordnung voraus, denn nur so kann die Disziplin wirklich eisen sein. Aber nachdem der Meinungskampf beendet, die Kritik erschöpft und ein Mehrheitsbeschuß gefaßt ist, bildet die Einheit des Willens und die Einheit des Handelns aller Parteimitglieder jene unblässige Bedingung, ohne die weder eine einheitliche Partei noch eine eiserne Disziplin in der Partei denkbar ist.

„Wer auch nur im geringsten“, sagt Lenin, „die eiserne Disziplin des Proletariats... schwächt, der hilft in Wirklichkeit der Bourgeoisie gegen das Proletariat.“

(Stalin: „Fragen des Leninismus“, Ausgabe 1947.)

Daraus folgt, daß das Bestehen von Fraktionen unvereinbar ist mit der Einheit der Partei und mit ihrer Disziplin. Die Existenz von Fraktionen führt zum Bestehen mehrerer Zentren in der Partei, was die Zersplitterung des einheitlichen Willens, die Schwächung und Zersetzung der Disziplin bedeutet.“

„Die Partei ist die Einheit des Willens, die jegliche Fraktionsmacherei und Machtzersplitterung in der Partei ausschließt.“ (Stalin: „Fragen des Leninismus“, Ausgabe 1947, S. 96.)

Daraus folgt als eine Lebensbedingung für unsere Partei die Notwendigkeit der schonungslosen Entfernung aller Fraktionsmacher.

5. Die Partei wird dadurch gestärkt, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert

Die opportunistischen Elemente sind die Quelle der Fraktionsmacherei in der Partei. Das Proletariat ist keine nach außen abgeschlossene Klasse, sondern in diese Klasse drängen einerseits von außen her verschiedene kleinbürgerliche Elemente, andererseits gibt es in der Arbeiterklasse deklassierte Elemente, die das Gefühl der Zugehörigkeit zu ihrer Klasse verloren haben.

Es besteht die Gefahr, daß bei mangelhafter Wachsamkeit solche Elemente in unsere Partei eindringen. Gerade auf solche Elemente stützen sich in erster Linie die imperialistischen Agenten, die in die Partei einzudringen versuchen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des unermüdlischen Kampfes für die ideologische Reinheit und Festigung der Partei. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, die Partei von allen Elementen zu säubern, die die Einheit des Willens und die eiserne Disziplin in der Partei bedrohen.

Die Beschlüsse des Informationsbüros über „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“ besagen:

„Das Informationsbüro ist der Ansicht, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen und Arbeiterparteien ist, die revolutionäre Wachsamkeit in ihren Reihen in jeder Weise zu erhöhen und die bürgerlich-nationalistischen Elemente und Agenten des Imperialismus, unter welcher Flagge sie auch segeln mögen, zu entlarven und auszumerzen.“

(Aus der Resolution „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“.)

Das Zeitalter des Sieges

Wir Kommunisten lieben den Frieden, darum kämpfen wir für den Frieden, darum kämpfen wir gegen den Krieg, gegen alle, die den Krieg wollen.

Wir Kommunisten lieben unser Volk, darum scheuen wir keine Opfer im Kampf für die völlige Befreiung unseres Volkes, damit wir als Gleiche unter Gleichen, frei unter freien Völkern leben können.

Wir Kommunisten lieben die Menschheit, und darum hassen wir und kämpfen wir gegen diejenigen, welche die Menschheit aus-

beuten und unterdrücken. Darum wird es keiner Macht in der Welt, selbst dem grausamsten Terror nicht gelingen, die Kommunisten auf die Knie zu zwingen.

Dies wird nicht gelingen, weil die Kommunisten auf dem festen Fundament der unbesiegbaren Lehre des Marxismus-Leninismus stehen, weil an der Spitze der kommunistischen Weltbewegung das größte Genie unserer Epoche, der Führer der Weltarbeiterklasse, Genosse Stalin, steht.

Alle Genossen und Freunde

werden gebeten, diese wichtige Resolution zum Zwecke des Studiums sorgfältig aufzubewahren